

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz -ThürJAG-)

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 7/4753)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 07. Juni 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Thüringer Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Ju- ristenausbildungsgesetz -ThürJAG-)

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Thüringer Juristenausbildungsgesetz in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 33) in der jeweils geltenden Fassung bedarf zahlreicher redaktioneller Anpassungen beziehungsweise Aktualisierungen sowie Änderungen und Präzisierungen, die in ihrer Gesamtheit in der Fassung einer Änderungsvorschrift zur Unübersichtlichkeit führen würden. Das bisher geltende Thüringer Juristenausbildungsgesetz soll deshalb insgesamt abgelöst werden.

Im Rahmen der Ablösung ist mit § 8 eine spezialgesetzliche Rechtsgrundlage zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Justizprüfungsamts zu normieren. Bei Anträgen auf Nachteilsausgleich für die Erbringung von Prüfungsleistungen in den beiden staatlichen Prüfungen und für die während des Vorbereitungsdienstes zu erbringenden Leistungen benötigt das Justizprüfungsamt grundsätzlich ein amtsärztliches Zeugnis, um beurteilen zu können, in welchem Ausmaß die antragstellende Person wegen einer Körperbehinderung oder einer längerfristigen gesundheitlichen Beeinträchtigung bei der Leistungserbringung tatsächlich eingeschränkt ist und auf welche Art und Weise aus medizinischer Sicht während der Prüfung und während des Vorbereitungsdienstes ein geeigneter Nachteilsausgleich, zum Beispiel durch Verlängerung der Bearbeitungszeit oder nicht auf die Bearbeitungszeit anzurechnende Pausen, gewährt werden kann. Entsprechendes gilt, wenn Personen, die bereits zu einer der beiden staatlichen Prüfungen zugelassen wurden, krankheitsbedingt die Prüfung entweder nicht antreten können oder vorzeitig abbrechen müssen. In begründeten Einzelfällen kann das Justizprüfungsamt auf ein amtsärztliches Zeugnis verzichten und sich stattdessen zum Beispiel die Stellungnahme der behandelnden Ärztin oder des behandelnden Arztes vorlegen lassen, insbesondere in offensichtlichen Fällen. Voraussetzung ist stets, dass die antragstellende Person die Amtsärztin, den Amtsarzt, die behandelnde Ärztin und den behandelnden Arzt jeweils von der Schweigepflicht gegenüber dem Justizprüfungsamt schriftlich entbindet.

Da es in den vorbezeichneten Fällen um Gesundheitsdaten nach Artikel 4 Nr. 15 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2; L 74 vom 4.3.2021, S. 35) in der jeweils geltenden Fassung geht und die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 der Verordnung (EU) 2016/679 und den Bestimmungen des Thüringer Datenschutzgesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) in der jeweils geltenden Fassung nur unter engen Voraussetzungen zulässig ist, soll mit § 8 eine spezialgesetzliche Rechtsgrundlage zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Justizprüfungsamts geschaffen werden.

Im Hinblick auf die Regelung in § 1 Abs. 3 Satz 3 des Thüringer Verwaltungskostengesetzes, wonach das Thüringer Verwaltungskostengesetz nicht für den Bereich der Justizverwaltung gilt, ist es erforderlich, dieses für die Kosten des Widerspruchsverfahrens in den beiden staatlichen Prüfungen für anwendbar zu erklären. Ob die Tätigkeit des Justizprüfungsamts als Handeln einer Behörde der Justizverwaltung oder einer Verwaltungsbehörde anzusehen ist, wird unterschiedlich beurteilt. Zur Klarstellung ist es daher geboten, die Anwendbarkeit des Thüringer Verwaltungskostengesetzes für die Kosten des Widerspruchsverfahrens ausdrücklich festzulegen. Falls ein Widerspruch gegen einen (gebührenfreien) Prüfungsbescheid zurückgenommen wird oder sich auf andere Weise erledigt und demzufolge keine Entscheidung über den Widerspruch ergeht, gibt es bislang keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage für eine Gebührenerhebung, obwohl auch im Falle der Rücknahme oder anderweitigen Erledigung eines Widerspruchs gegen einen Prüfungsbescheid regelmäßig ein nicht unerheblicher Verwaltungsaufwand anfällt. Daher bedarf es für die Erhebung von Gebühren einer gesonderten Rechtsgrundlage, weil eine solche sich gerade nicht aus dem Thüringer Verwaltungskostengesetz ergibt.

Zwei verschiedene ständige Vertretungen für die Prüfungsabteilungen I und II des Justizprüfungsamts werden nicht mehr benötigt. Zukünftig soll die Präsidentin oder der Präsident des Justizprüfungsamts nur noch eine statusrechtlich nicht weisungsgebundene (Abwesenheits-)Vertretung haben. Deren Unabhängigkeit in Prüfungsangelegenheiten ist sichergestellt und deren Vertretungsmacht erstreckt sich auf alle Aufgaben, die nach dem Thüringer Juristenausbildungsgesetz und nach der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung der Präsidentin oder dem Präsidenten des Justizprüfungsamts in dieser Eigenschaft zugewiesen sind.

Nach § 5d Abs. 6 Satz 2 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) in der Fassung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713) in der jeweils geltenden Fassung kann das Landesrecht auch bestimmen, dass in den staatlichen Prüfungen schriftliche Leistungen elektronisch erbracht werden dürfen. Angesichts der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und einer elektronischen Aktenführung ist die Möglichkeit zu eröffnen, schriftliche Aufsichtsarbeiten in den beiden staatlichen Prüfungen zukünftig in digitaler Form zu erbringen.

Nach Artikel 4 Nr. 4 und 5 Buchst. b Doppelbuchst. aa in Verbindung mit Artikel 25 Abs. 4 des Gesetzes zur Modernisierung des notariellen Berufsrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) sind die Länder verpflichtet, ab 1. Januar 2023 den Vorbereitungsdienst auch in Teilzeit durchzuführen.

In die Verordnungsermächtigungen sind daher Regelungen zu elektronischen Prüfungen und zum Teilzeitreferendariat aufzunehmen.

B. Lösung

Erlass eines Ablösungsgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare erhalten als Zuschuss zum Bestreiten des Lebensunterhalts eine monatliche Unterhaltsbeihilfe. Während diese nach dem bisherigen § 7 Abs. 1 Satz 4 aus einem Grundbetrag in Höhe von mindestens 1.100 Euro monatlich bestand und die Höhe der über diesen Mindestbetrag hinausgehenden Unterhaltsbeihilfe nach dem mit diesem Ablösungsgesetz außer Kraft zu setzenden § 33a Abs. 1 der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung vom 24. Februar 2004 (GVBl. S. 217), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Februar 2018 (GVBl. S. 43), 200 Euro monatlich betrug, wird sie nunmehr auf insgesamt 1.300 Euro monatlich festgesetzt, ohne dass es sich hierbei um einen Mindestbetrag handelt.

Demzufolge entstehen trotz der formalen Änderung hinsichtlich der Höhe der Unterhaltsbeihilfe im praktischen Haushaltsvollzug keine Mehrkosten im Vergleich zur bisher geltenden Regelung.

Im Hinblick darauf, dass in Thüringen zweimal jährlich - jeweils zu Beginn der Monate Mai und November - Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare eingestellt werden, der juristische Vorbereitungsdienst regulär 24 Monate dauert und das Referendariat im 25. Monat, in dem die mündliche Prüfung stattfindet, mit der Bekanntgabe der Entscheidung über das Bestehen der zweiten Staatsprüfung endet, befinden sich regelmäßig Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare aus vier Einstellungsterminen zur gleichen Zeit im juristischen Vorbereitungsdienst. Ausgehend von etwa 30 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren je Einstellungstermin, das heißt insgesamt etwa 120 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren, die zur gleichen Zeit den juristischen Vorbereitungsdienst absolvieren, ist wie bisher weiterhin mit Kosten für Unterhaltsbeihilfen in Höhe von etwa 1.872.000 Euro je Jahr (120 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare x 12 Monate x 1.300 Euro) zu rechnen.

Ebenfalls wie bisher wird Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren mit einem Kind oder mehreren Kindern unabhängig von ihrem Familienstand ein Zuschlag in Höhe der kinderbezogenen Stufen des Familienzuschlags nach Anlage 6 des Thüringer Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202) in der jeweils geltenden Fassung gewährt. Dieser Zuschlag beträgt für das erste zu berücksichtigende Kind 287,29 Euro, für das zweite zu berücksichtigende Kind 465,74 Euro, für das dritte zu berücksichtigende Kind 730,97 Euro und für das vierte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind je 706,97 Euro. Erfahrungsgemäß sind etwa acht Prozent der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare Elternteil (im Regelfall nur) eines Kindes.

Die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung) betragen je Rechtsreferendarin oder Rechtsreferendar insgesamt etwa 6.370 Euro (etwa 260 Euro x etwa 24,5 Monate, weil der Anspruch auf Unterhaltsbeihilfe bei Bestehen der zweiten Staatsprüfung bereits am Tag der mündlichen Prüfung endet).

Die Erweiterung der Verordnungsermächtigungen im Vergleich zur bisher geltenden Regelung wegen der elektronischen Erbringung schriftlicher Leistungen in den staatlichen Prüfungen und wegen des Teilzeitreferendariats hat keine unmittelbaren Mehrkosten zur Folge, da diese erst mit der jeweiligen Umsetzung aufgrund der in die Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung hierzu aufzunehmenden Regelungen anfallen.

Hinsichtlich der personellen Auswirkungen ist lediglich darauf hinzuweisen, dass zwei verschiedene ständige Vertretungen für die Prüfungsabteilungen I und II des Justizprüfungsamts nicht mehr benötigt werden und die Präsidentin oder der Präsident des Justizprüfungsamts zukünftig nur noch eine statusrechtlich nicht weisungsgebundene (Abwesenheits-)Vertretung hat. Da die Etablierung von ständigen Vertretungen keine zusätzlichen Kosten verursacht hat, hat der Wegfall einer zweiten ständigen Vertretung keine Kosteneinsparung zur Folge.

Ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand wird nicht verursacht.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 25. Januar 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen
Entwurf des

"Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und
den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbil-
dungsgesetz -ThürJAG-)"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 2./3./4. Februar 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz
über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst
(Thüringer Juristenausbildungsgesetz -ThürJAG-)**

Inhaltsübersicht

- § 1 Justizprüfungsamt
- § 2 Stellung der Prüferinnen und Prüfer
- § 3 Orte der Staatsprüfungen
- § 4 Prüfungsausschüsse
- § 5 Widerspruchsverfahren
- § 6 Diplomgrad
- § 7 Vorbereitungsdienst, Übertragung von Amtsgeschäften
- § 8 Verarbeitung und Schutz personenbezogener Gesundheitsdaten
- § 9 Verordnungsermächtigungen
- § 10 Gleichstellungsbestimmung
- § 11 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1
Justizprüfungsamt**

(1) Für die Durchführung der staatlichen Prüfungen nach § 5 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) in der Fassung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713) in der jeweils geltenden Fassung ist bei dem für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständigen Ministerium das Justizprüfungsamt errichtet. Das Justizprüfungsamt besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der sie oder ihn vertretenden Person und weiteren Mitgliedern.

(2) Die Mitglieder des Justizprüfungsamts werden durch das für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständige Ministerium berufen. Die Berufung der Mitglieder, die nicht im Geschäftsbereich des für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständigen Ministeriums beschäftigt sind, erfolgt im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen obersten Dienstbehörde, der Landesvertretung oder den Dekaninnen oder Dekanen der zuständigen Fakultäten. Die Präsidentin oder der Präsident und die sie oder ihn vertretende Person müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen.

(3) Zu weiteren Mitgliedern können berufen werden:

1. Professorinnen und Professoren der Rechte sowie Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten der Rechte,
2. Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen, Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare sowie
3. Beamtinnen und Beamte des höheren Verwaltungsdienstes oder Angestellte jeweils mit der Befähigung zum Richteramt sowie Diplomjuristinnen und Diplomjuristen im höheren Verwaltungsdienst.

§ 2

Stellung der Prüferinnen und Prüfer

(1) Die Mitglieder des Justizprüfungsamts sind Prüferinnen und Prüfer und in ihrer Prüfertätigkeit unabhängig.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident des Justizprüfungsamts und die sie oder ihn vertretende Person werden auf Zeit oder für die Dauer eines Hauptamts bestellt. Die erstmalige Bestellung der weiteren Mitglieder erfolgt für höchstens drei Jahre; weitere Bestellungen sind für die Dauer von jeweils bis zu fünf Jahren zulässig.

§ 3

Orte der Staatsprüfungen

(1) Die staatliche Pflichtfachprüfung soll am Sitz der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena stattfinden.

(2) Die schriftlichen Prüfungsleistungen der zweiten Staatsprüfung sollen am Sitz der Landgerichte, denen die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zur Ausbildung zugewiesen sind, erbracht werden. Die mündliche Prüfung der zweiten Staatsprüfung soll in Erfurt abgenommen werden.

§ 4

Prüfungsausschüsse

Für die Abnahme der staatlichen Prüfungen oder Teilen davon werden Prüfungsausschüsse aus Mitgliedern des Justizprüfungsamts gebildet.

§ 5

Widerspruchsverfahren

Gegen Verwaltungsakte, denen eine Bewertung von Prüfungsleistungen zugrunde liegt, findet ein Widerspruchsverfahren statt.

§ 6

Diplomgrad

Die Friedrich-Schiller-Universität Jena kann nach § 58 Abs. 1 und 3 des Thüringer Hochschulgesetzes vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149) in der jeweils geltenden Fassung den erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen der ersten Prüfung nach § 5 Abs. 1 DRiG den Diplomgrad verleihen.

§ 7

Vorbereitungsdienst, Übertragung von Amtsgeschäften

(1) Wer die erste Prüfung nach § 5 Abs. 1 DRiG bestanden hat, wird auf seinen Antrag zum Vorbereitungsdienst zugelassen, sofern kein Versagungsgrund nach Absatz 2 vorliegt und die übrigen nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 und 4 durch Rechtsverordnung festzusetzenden Voraussetzungen erfüllt sind. Die für den Vorbereitungsdienst zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber führen die Bezeichnung "Rechtsreferendarin" oder "Rechtsreferendar". Der Vorbereitungsdienst wird in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis nach § 15 Abs. 3 des Thüringer Lauf-

bahngesetzes vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472 -498-) in der jeweils geltenden Fassung absolviert.

(2) Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst ist Bewerberinnen und Bewerbern zu versagen,

1. die wegen einer vorsätzlich begangenen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden sind und deren Strafe noch nicht getilgt worden ist,
2. solange gegen sie eine Freiheitsentziehung vollzogen wird,
3. die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes tätig sind,
4. die die erste Prüfung oder die zweite Staatsprüfung in Thüringen oder in einem anderen Land nach den dort geltenden Bestimmungen endgültig nicht bestanden haben.

Weitere Gründe, weswegen die Zulassung zum Vorbereitungsdienst versagt werden soll oder versagt werden kann, können durch Rechtsverordnung nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 und 4 geregelt werden.

(3) Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare erhalten als Zuschuss zum Bestreiten des Lebensunterhalts eine monatliche Unterhaltsbeihilfe in Höhe von jeweils 1.300 Euro. Die Unterhaltsbeihilfe unterliegt der Beitragspflicht zur gesetzlichen Sozialversicherung und wird am letzten Bankarbeitstag eines jeden Kalendermonats für den laufenden Kalendermonat gezahlt. Darüber hinaus erhalten Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare mit einem Kind oder mehreren Kindern unabhängig von ihrem Familienstand einen Kinderzuschlag oder mehrere Kinderzuschläge entsprechend Anlage 6 zum Thüringer Besoldungsgesetz (ThürBesG) in der Fassung vom 18. Januar 2016 (GVBl. S. 1, 166, 202) in der jeweils geltenden Fassung in Höhe der kinderbezogenen Stufen des Familienzuschlags; § 38 Abs. 2 und 4 ThürBesG gilt entsprechend. Weitergehende Leistungen, insbesondere Versorgungsanwartschaften, über Satz 3 hinausgehende Zuschläge, jährliche Sonderzuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen und den Auslandsdienstbezügen vergleichbare Leistungen werden nicht gewährt.

(4) Für die Rechte und Pflichten der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare sowie für die Begründung und Beendigung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses sind die für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf geltenden Bestimmungen mit Ausnahme des § 72 des Thüringer Beamtengesetzes vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden, soweit nicht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes etwas anderes bestimmt ist. Entsprechende Anwendung finden

1. das Thüringer Disziplinargesetz vom 21. Juni 2002 (GVBl. S. 257),
2. das Entgeltfortzahlungsgesetz vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014 -1065-),
3. das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in der Fassung vom 27. Januar 2015 (BGBl. I S. 33) und
4. die Thüringer Mutterschutzverordnung vom 2. Juni 2020 (GVBl. S. 289)

jeweils in der jeweils geltenden Fassung.

(5) Im Rahmen der Ausbildung können der Rechtsreferendarin oder dem Rechtsreferendar, sofern nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, Geschäfte einer Beamtin oder eines Beamten des gehobenen oder des mittleren Justizdienstes, vor allem einer Amtsanwältin, eines Amtsanwalts, einer Urkundsbeamtin oder eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle, zur selbständigen Wahrnehmung übertragen werden.

(6) Wird der Vorbereitungsdienst wegen Krankheit oder aus einem anderen zwingenden Grund verlängert, soll die Rechtsreferendarin oder der Rechtsreferendar während der Zeit, in der eine Zuweisung an eine Ausbildungsstelle nicht erfolgt, mit der Wahrnehmung der Geschäfte einer Rechtspflegerin oder eines Rechtspflegers oder mit sonstigen in Absatz 5 genannten Dienstgeschäften betraut werden.

(7) Mit der Bekanntgabe der Entscheidung über das Bestehen der zweiten Staatsprüfung oder das Nichtbestehen der ersten Wiederholungsprüfung endet der Vorbereitungsdienst und damit das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis nach Absatz 1.

§ 8

Verarbeitung und Schutz personenbezogener Gesundheitsdaten

(1) Wer für die Erbringung von Prüfungsleistungen der staatlichen Pflichtfachprüfung, der zweiten Staatsprüfung oder auch bereits für die während des Vorbereitungsdienstes zu erbringenden Leistungen einen Antrag auf Nachteilsausgleich stellt, der mit einer Körperbehinderung oder einer längerfristigen, nicht unerheblichen Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Gesundheit begründet wird, hat dem Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis vorzulegen, das die für die Beurteilung der Körperbehinderung oder der längerfristigen, nicht unerheblichen Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Gesundheit nötigen medizinischen Feststellungen zu Einschränkungen bei der Fertigung der schriftlichen Aufsichtsarbeiten, der Ablegung der mündlichen Prüfung oder bei den während des Vorbereitungsdienstes zu erbringenden Leistungen enthalten muss. In begründeten Einzelfällen kann das Justizprüfungsamt auf die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verzichten, vor allem in offensichtlichen Fällen, oder sich andere Nachweise vorlegen lassen, insbesondere die Stellungnahme der behandelnden Ärztin oder des behandelnden Arztes.

(2) Wer einen Antrag auf Zustimmung zur Nichterbringung von Prüfungsleistungen wegen einer krankheitsbedingten Verhinderung stellt, hat dem Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis vorzulegen, das die für die Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit erheblichen medizinischen Feststellungen zu Einschränkungen bei der Fertigung der schriftlichen Aufsichtsarbeiten oder der Ablegung der mündlichen Prüfung enthalten muss. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Falls die medizinischen Feststellungen in dem amtsärztlichen Zeugnis oder die Angaben in der Stellungnahme der behandelnden Ärztin oder des behandelnden Arztes für die Entscheidung des Justizprüfungsamts nach den

Absätzen 1 und 2 nicht ausreichend sind, kann das Justizprüfungsamt mit schriftlicher Zustimmung der antragstellenden Person die insoweit erforderlichen Erkundigungen unmittelbar bei der Amtsärztin, dem Amtsarzt, der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt einholen.

(4) Das Justizprüfungsamt darf besondere Kategorien personenbezogener Daten der antragstellenden Person verarbeiten, soweit dies für Entscheidungen des Justizprüfungsamts nach den Absätzen 1 und 2 erforderlich ist. Personenbezogene Daten nach Satz 1 sind getrennt von anderen Daten zu speichern und dürfen nur von Bediensteten des Justizprüfungsamts verarbeitet werden, die über die besondere Zweckbindung und das Verbot der anderweitigen Verarbeitung zu belehren sind.

(5) Unterlagen, aus denen der Gesundheitszustand der antragstellenden Person ersichtlich ist, sind unverzüglich zurückzugeben oder zu vernichten, sobald sie für den Zweck, zu dem sie vorgelegt worden sind, nicht mehr benötigt werden.

§ 9

Verordnungsermächtigungen

(1) Das für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für das öffentliche Dienstrecht zuständigen Ministerium, dem für das Hochschulrecht zuständigen Ministerium und dem für Finanzen zuständigen Ministerium zur Durchführung dieses Gesetzes durch Rechtsverordnungen Regelungen zu treffen, insbesondere über

1. die Organisation, Aufgaben und Zuständigkeiten des Justizprüfungsamts; die Aufgaben und Befugnisse der Präsidentin oder des Präsidenten; die Bestellung der Mitglieder; das Ruhen und die Beendigung der Mitgliedschaft; die Errichtung von Außenstellen,
2. die Pflichtfächer, die studienbegleitenden Leistungskontrollen oder Zwischenprüfungen; die praktischen Studienzeiten; die Frist für die Meldung zur staatlichen Pflichtfachprüfung; die Voraussetzungen für die Zulassung zur staatlichen Pflichtfachprüfung, insbesondere über den Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums, über das Erfordernis, für die zwei der Prüfung unmittelbar vorausgehenden Studienhalbjahre an einer Universität in Thüringen eingeschrieben gewesen zu sein sowie über die Vorlage von Zeugnissen über die Teilnahme an Zwischenprüfungen oder studienbegleitenden Leistungskontrollen und an Lehrveranstaltungen sowie den Verlust des Anspruchs auf Zulassung zur Prüfung,
3. die Voraussetzungen für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst; die Voraussetzungen für die Entlassung aus dem Vorbereitungsdienst; die Gliederung und Gestaltung des Vorbereitungsdienstes, insbesondere die Fertigung von Vorlagearbeiten sowie die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften, Arbeitstagungen und Lehrgängen einschließlich der Erteilung von Zeugnissen; die Tätigkeit von Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen, Arbeitsgemeinschaftsleitern, Gruppenausbilderinnen und Gruppenausbildern; die Verlängerung des Vorbereitungsdienstes im Einzelfall; die Mitwirkungsrechte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare; die Zuständigkeit für Entscheidungen im Zusammenhang

mit dem Vorbereitungsdienst; die Übertragung von Arbeitgeberrechten und -pflichten; Urlaub und Arbeitsbefreiung im Hinblick auf Ausbildungserfordernisse; die Nebentätigkeit; die Zulassung von Gastreferendarinnen und Gastreferendaren; die Ableistung des Vorbereitungsdienstes in Teilzeit nach Maßgabe des § 5b Abs. 6 DRiG in der am 1. Januar 2023 geltenden Fassung,

4. die Zulassungsbeschränkungen aufgrund der Erschöpfung der Ausbildungskapazitäten; die Einzelheiten des Vergabeverfahrens, insbesondere der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber nach Eignung, Leistung, den Fällen besonderer Härte und der Wartezeit, wobei Eignung und Leistung überwiegende Bedeutung haben sollen, die Möglichkeiten der Rangverbesserung der Bewerberinnen und Bewerber und die Ermittlung der Zahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsstellen unter Berücksichtigung der räumlichen und sächlichen Gegebenheiten in den einzelnen Landgerichtsbezirken und der Zahl der dort tätigen Ausbilderinnen und Ausbilder sowie der Art und des Umfangs ihrer Tätigkeit,
5. die Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses im Vorbereitungsdienst,
6. die Voraussetzungen für die Zulassung zur zweiten Staatsprüfung und den Verlust des Anspruchs auf Zulassung,
7. die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse und deren Vorsitz; den Prüfungsstoff; das Prüfungsverfahren, insbesondere Art und Zahl der Prüfungsleistungen im schriftlichen und mündlichen Teil; die Bewertung von Prüfungsleistungen; die Berücksichtigung von Leistungen aus Studium und Vorbereitungsdienst; die Voraussetzungen für das Bestehen der staatlichen Prüfungen; die Erteilung von Zeugnissen; den Rücktritt von den staatlichen Prüfungen, die Verhinderung von Prüflingen und die Wiederholung der staatlichen Prüfungen; die Festlegung besonderer Bedingungen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare und Prüflinge mit einer Körperbehinderung oder einer längerfristigen, nicht unerheblichen Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Gesundheit; die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsbestimmungen; Prüfungsmängel; die Benutzung von Hilfsmitteln; die Einsicht in Prüfungsarbeiten; die Folgen unlauteren Verhaltens,
8. die Anrechnung von Studienzeiten und von Ausbildungsgängen auf die Juristenausbildung; die Anrechnung von Krankheits- und sonstigen Ausfallzeiten,
9. die elektronische Erbringung schriftlicher Leistungen in den staatlichen Prüfungen sowie
10. die Aufbewahrung handschriftlich angefertigter Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form.

(2) Durch Rechtsverordnungen nach Absatz 1 können Bestimmungen über die Schwerpunktbereiche und die Prüfungsordnung einer universitären Schwerpunktbereichsprüfung getroffen werden. Die Prüfungsordnung erlässt die Universität; sie bedarf der Genehmigung des für das Hochschulrecht zuständigen Ministeriums im Einvernehmen mit dem für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständigen Ministerium.

(3) Das für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für Finanzen

zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung Regelungen über die Erhebung von Gebühren für das Notenverbesserungsverfahren in der zweiten Staatsprüfung zu erlassen. Für die Kosten des Widerspruchsverfahrens in beiden staatlichen Prüfungen gilt das Thüringer Verwaltungskostengesetz mit der Maßgabe, dass in Fällen, in denen ein Widerspruch zurückgenommen wird oder sich auf andere Weise erledigt, die Gebühr bis zu 2.250 Euro beträgt, sofern für den angefochtenen Bescheid keine Gebühr festzusetzen war.

§ 10

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils auch für Personen, die mit der Angabe "divers" oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten nach Absatz 1 treten

1. das Thüringer Juristenausbildungsgesetz in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2016 (GVBl. S. 150), und
2. § 33 Abs. 5 Nr. 1 und 3 bis 5 sowie § 33a Abs. 1 der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung vom 24. Februar 2004 (GVBl. S. 217), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Februar 2018 (GVBl. S. 43),
außer Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Mit diesem Gesetz wird das Thüringer Juristenausbildungsgesetz in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2016 (GVBl. S. 150), der besseren Übersichtlichkeit wegen abgelöst.

Im Rahmen der Ablösung wird eine spezialgesetzliche Rechtsgrundlage zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Justizprüfungsamts geschaffen.

Darüber hinaus ist es erforderlich, das Thüringer Verwaltungskostengesetz für die Kosten des Widerspruchsverfahrens in beiden staatlichen Prüfungen für anwendbar zu erklären.

Da zwei verschiedene ständige Vertretungen für die Prüfungsabteilungen I und II des Justizprüfungsamts nicht mehr benötigt werden, hat die Präsidentin oder der Präsident des Justizprüfungsamts nunmehr nur noch eine statusrechtlich nicht weisungsgebundene (Abwesenheits-) Vertretung.

Darüber hinaus notwendige inhaltliche Überarbeitungen, Aktualisierungen und Ergänzungen sind ebenfalls im Ablösungsgesetz enthalten.

Die Begründung zu den einzelnen Bestimmungen beschränkt sich im Wesentlichen auf diejenigen Änderungen beziehungsweise Ergänzungen, die vom Thüringer Juristenausbildungsgesetz in der bisher geltenden Fassung abweichen.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu § 1

Zu Absatz 1

Die Pflichtfachprüfung im Rahmen der ersten Prüfung und die zweite Staatsprüfung sind als staatliche Prüfungen konzipiert. Deshalb müssen sie staatlichen Behörden übertragen werden. Zu diesem Zweck wurde das Justizprüfungsamt errichtet, das dem für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständigen Ministerium angegliedert ist und von der Präsidentin oder dem Präsidenten geleitet wird. Das Justizprüfungsamt ist in die Prüfungsabteilungen I und II gegliedert.

Die Prüfungsabteilung I ist für die staatliche Pflichtfachprüfung und die Prüfungsabteilung II für die zweite Staatsprüfung zuständig. Ausweislich der bisher geltenden Fassung des Thüringer Juristenausbildungsgesetzes hatte die Präsidentin oder der Präsident des Justizprüfungsamts zwei ständige Vertretungen für jeweils eine der beiden vorbezeichneten Prüfungsabteilungen.

Da die in den Prüfungsabteilungen I und II anfallenden Aufgaben seit vielen Jahren routiniert erledigt werden, werden zwei verschiedene ständige Vertretungen für die Prüfungsabteilungen I und II nicht mehr benötigt. Die Präsidentin oder der Präsident des Justizprüfungsamts hat nunmehr nur noch eine statusrechtlich nicht weisungsgebundene (Abwesenheits-)Vertretung, deren Unabhängigkeit in Prüfungsangelegen-

heiten sichergestellt ist und deren Vertretungsmacht sich auf alle Aufgaben erstreckt, die nach dem Thüringer Juristenausbildungsgesetz und nach der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung der Präsidentin oder dem Präsidenten des Justizprüfungsamts in dieser Eigenschaft zugewiesen sind.

Zu Absatz 2

Die Entscheidung über die Auswahl und Bestellung der Mitglieder des Justizprüfungsamts liegt im pflichtgemäßen Ermessen des für das Ausbildungs- und Prüfungswesen für die Laufbahnen des Justizdienstes zuständigen Ministeriums. Die Berufung der Mitglieder des Justizprüfungsamts ist deshalb diesem Ministerium vorbehalten. Inhalt der Berufung ist jeweils die Tätigkeit als Prüferin oder Prüfer. Außerdem ist die Berufung der externen Prüferinnen und Prüfer jeweils mit deren vorgesetzten Stellen beziehungsweise der Rechtsanwaltskammer, Notarkammer oder den zuständigen Stellen der Hochschulen (im Regelfall der Dekanin oder dem Dekan der zuständigen Fakultät und für den Fall, dass die Dekanin oder der Dekan persönlich zur Prüferin oder zum Prüfer bestellt werden soll, mit der sie oder ihn vertretenden Person) abzustimmen. Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass eine Professorin oder ein Professor der Rechte oder eine Hochschuldozentin oder ein Hochschuldozent der Rechte (vergleiche Absatz 3 Nr. 1), die oder der zur Prüferin oder zum Prüfer bestellt werden soll, einer anderen als der juristischen Fakultät angehört, wurde in Abweichung von der bisher in § 2 Abs. 2 Satz 4 enthaltenden Regelung das Wort "juristischen" durch das Wort "zuständigen" ersetzt. Im Regelfall werden Professorinnen, Professoren, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu Prüferinnen und Prüfern bestellt, sodass das Einvernehmen der Dekanin oder des Dekans der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena einzuholen ist. Für den Fall, dass eine Hochschuldozentin oder ein Hochschuldozent einer rechtswissenschaftlichen Fakultät außerhalb Thüringens, die oder der zuvor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena einen Lehrauftrag hatte und später die Universität gewechselt hat, zur Prüferin oder zum Prüfer bestellt werden soll, bedarf es des Einvernehmens der Dekanin oder des Dekans der (im Regelfall) rechtswissenschaftlichen Fakultät derjenigen Universität, dem die Hochschuldozentin oder der Hochschuldozent zwischenzeitlich angehört. Der bisherige § 2 Abs. 2 Satz 4 wurde wegen des Sachzusammenhangs in § 1 Abs. 2 übernommen.

Da das erfolgreiche Absolvieren der Staatsprüfungen die Befähigung zum Richteramt verleiht, können Prüferinnen und Prüfer nur Personen sein, die selbst zum Richteramt befähigt sind oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Während die Präsidentin oder der Präsident und die sie oder ihn vertretende Person zwingend die Befähigung zum Richteramt nach § 5 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) in der Fassung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713) in der jeweils geltenden Fassung haben müssen, kann bei den weiteren Mitgliedern des Justizprüfungsamts ausnahmsweise hiervon abgesehen werden (vergleiche Absatz 3 Nr. 3).

Zu Absatz 3

In der Regel werden besonders qualifizierte Personen mit der Befähigung zum Richteramt zu Prüferinnen und Prüfern berufen. Darüber hinaus ist mit Nummer 3 die Möglichkeit eröffnet, auch Diplomjuristinnen

und Diplomjuristen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die zwar nicht über die Befähigung zum Richteramt, jedoch aufgrund ihrer langjährigen Berufserfahrung im höheren Verwaltungsdienst über die entsprechende Qualifikation verfügen, zu Prüferinnen und Prüfern zu bestellen.

Zu § 2

Zu Absatz 1

In dieser Regelung wird klargestellt, dass die Mitglieder des Justizprüfungsamts Prüferinnen und Prüfer und in Prüfungsangelegenheiten nicht an Weisungen gebunden sind.

Zu Absatz 2

Die Bestellung zu Prüferinnen und Prüfern erfolgt nicht unbefristet, sondern jeweils für einen begrenzten Zeitraum. Die Dauer der erstmaligen Bestellung der weiteren Mitglieder ist auf höchstens drei Jahre zu begrenzen. Anschließend ist eine erneute Bestellung zur Prüferin oder zum Prüfer möglich, und zwar auch mehrere Male und ab dem zweiten Mal jeweils für höchstens fünf Jahre. Zum einen wird dadurch sichergestellt, dass die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Prüferinnen und Prüfer regelmäßig überprüft werden. Zum anderen bedürfen Personen, die zu Prüferinnen und Prüfern bestellt werden, im Regelfall ohnehin einer Nebentätigkeitsgenehmigung, die nach § 51 Abs. 2 Satz 6 Halbsatz 1 des Thüringer Beamtengesetzes vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472) in der jeweils geltenden Fassung auf längstens fünf Jahre zu befristen ist.

Zu § 3

Zu Absatz 1

Sowohl der schriftliche als auch der mündliche Teil der staatlichen Pflichtfachprüfung soll grundsätzlich am Universitätsort stattfinden. Aufgrund der formulierten Soll-Bestimmung ist im Ausnahmefall die Festlegung möglich, dass die Prüfungen an einem anderen Ort stattfinden, sofern am Universitätsort aus übergeordneten Gründen, zum Beispiel bei Raumknappheit, Pandemielage oder ordnungsrechtlichen Einschränkungen, nicht geprüft werden kann.

Zu Absatz 2

Der bisherigen Praxis entsprechend soll der schriftliche Teil der zweiten Staatsprüfung grundsätzlich am Ort der sogenannten Stammdienststellen durchgeführt werden. Das sind diejenigen Landgerichte, denen die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zur Ausbildung zugewiesen worden waren.

Der mündliche Teil der zweiten Staatsprüfung soll für die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare aller Landgerichtsbezirke im Regelfall in Erfurt stattfinden. Ausnahmsweise kann die mündliche Prüfung auch außerhalb von Erfurt abgenommen werden (vergleiche Ausführungen zu Absatz 1).

Zu § 4

Insbesondere für die mündlichen Prüfungen der staatlichen Pflichtfachprüfung und der zweiten Staatsprüfung werden Prüfungskommissionen gebildet, denen jeweils mehrere Prüferinnen oder Prüfer angehören.

Zu § 5

Nach § 68 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils geltenden Fassung bedarf es vor Erhebung der Anfechtungsklage keines Vorverfahrens, wenn der Verwaltungsakt von einer obersten Landesbehörde erlassen worden ist, außer wenn ein Gesetz die Nachprüfung vorschreibt. Das Justizprüfungsamt ist eine oberste Landesbehörde. Dementsprechend ist in § 5 vorgesehen, dass gegen Prüfungsentscheidungen ein Widerspruchsverfahren durchzuführen ist, allerdings nur, soweit diesen Entscheidungen eine Bewertung von Prüfungsleistungen zugrunde liegt. Dieses Vorverfahren ermöglicht eine verwaltungsinterne Kontrolle vor einem eventuellen späteren verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Zu § 6

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung. Nach § 58 Abs. 1 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149) in der jeweils geltenden Fassung ist die Verleihung des Diplomgrades aufgrund einer (berufsqualifizierenden) Hochschulprüfung und nach § 58 Abs. 3 ThürHG die Verleihung eines solchen Grades aufgrund des Abschlusses eines Hochschulstudiums mit einer staatlichen Prüfung vorgesehen, sodass die erste Prüfung im Sinne des § 5 Abs. 1 DRiG, die aus einer universitären Schwerpunktbereichsprüfung und einer staatlichen Pflichtfachprüfung besteht, hiervon erfasst wird.

Zu § 7

Zu Absatz 1

Die Regelungen entsprechen dem bisherigen § 7 Abs. 1 Satz 1 bis 3. Nach § 15 Abs. 3 Satz 1 des Thüringer Laufbahngesetzes (Thür-LaufbG) vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472 -498-) in der jeweils geltenden Fassung kann der Vorbereitungsdienst auch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses abgeleistet werden.

Zu Absatz 2

Im Hinblick auf die Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts, wonach wesentliche Fragen der Grundrechtsausübung und -eingriffe durch das Parlament selbst geregelt werden müssen, sind die Gründe, weswegen die Zulassung zum Vorbereitungsdienst zwingend zu versagen ist, nicht mehr in der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung, sondern im Thüringer Juristenausbildungsgesetz aufgelistet, zumal der Vorbereitungsdienst und die sich anschließende zweite Staatsprüfung den Zugang für die Ausübung aller volljuristischen Berufe eröffnet.

Der Staat hat ein Ausbildungsmonopol für alle staatlich reglementierten juristischen Berufe des höheren Dienstes (Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen, Rechtsanwälte, Nota-

rinnen und Notare). Die Ausübung all dieser Berufe der Rechtspflege setzt voraus, dass die betreffende Person die Befähigung zum Richteramt nach § 5 Abs. 1 DRiG besitzt. Diese erwirbt, wer ein rechtswissenschaftliches Studium an einer Universität mit der ersten Prüfung und einen anschließenden Vorbereitungsdienst mit der zweiten Staatsprüfung abschließt. Wegen des Grundrechts auf freien Zugang zum Beruf nach Artikel 12 des Grundgesetzes ist der Staat auch verpflichtet, für jede Person, die die Zugangsbefähigung hat, eine Ausbildungsmöglichkeit zu schaffen. Aus Artikel 12 des Grundgesetzes resultiert daher die Verpflichtung des Landes, Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare auszubilden und juristische Prüfungen durchzuführen, da die Ausbildung die einzige Zugangsmöglichkeit zu einem staatlich reglementierten juristischen Beruf des höheren Dienstes ist.

Vor diesem Hintergrund wurden die bisher in § 33 Abs. 5 Nr. 1 und 3 bis 5 der Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung (ThürJAPO) vom 24. Februar 2004 (GVBl. S. 217) in der jeweils geltenden Fassung genannten zwingenden Versagungsgründe für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst, die ein entsprechendes Berufsverbot zur Folge haben, nunmehr in § 7 Abs. 2 Satz 1 übernommen.

Satz 1 Nr. 1 entspricht dem bisherigen § 33 Abs. 5 Nr. 1 ThürJAPO. Aus Gründen der Klarstellung wird trotz der eher gering erscheinenden Praxisrelevanz bei der Zulassung zum Vorbereitungsdienst vorsorglich darauf hingewiesen, dass unter einer Freiheitsstrafe im Sinne dieser Bestimmung keine Jugendstrafe zu verstehen ist. Da die Jugendstrafe eine erzieherisch ausgestaltete Freiheitsentziehung in hierfür vorgesehenen Jugendstrafanstalten darstellt, fällt sie nicht in den Anwendungsbereich des Satzes 1 Nr. 1.

Allerdings ist die Zulassung zum Vorbereitungsdienst nach Satz 1 Nr. 2 zu versagen, solange gegen die Bewerberin oder den Bewerber eine Freiheitsentziehung vollzogen wird. Unter diese Alternative fallen sowohl Freiheitsstrafen als auch Jugendstrafen sowie freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung.

Nach § 15 Abs. 3 Satz 4 ThürLaufbG darf nicht in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, wer sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigt. Anders als von Beamtinnen und Beamten wird von den Bewerberinnen und Bewerbern für den Vorbereitungsdienst sowie von den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis nicht verlangt, dass sie die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten und sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Vielmehr ist die Grenze für eine Zulassung nach Satz 1 Nr. 3 erst dann erreicht, wenn die Bewerberin oder der Bewerber gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes tätig ist.

Nach Satz 1 Nr. 4 ist die Zulassung zum Vorbereitungsdienst bei endgültigem Scheitern in der ersten Prüfung oder in der zweiten Staatsprüfung zu versagen. Zum Vorbereitungsdienst kann nur zugelassen werden, wer ein rechtswissenschaftliches Studium an einer Universität mit der ersten Prüfung nach § 5 Abs. 1 DRiG erfolgreich abgeschlossen hat. Demzufolge kommt die Zulassung zum Vorbereitungsdienst bei endgültigem Scheitern in der ersten Prüfung nicht in Betracht.

Nach Absatz 7 endet der Vorbereitungsdienst und damit das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis mit der Bekanntgabe der Entscheidung über das Nichtbestehen der ersten Wiederholungsprüfung der zweiten Staatsprüfung. Da das endgültige Scheitern in der zweiten Staatsprüfung zum Verlust des Prüfungsanspruchs führt, scheidet eine erneute Zulassung zum Vorbereitungsdienst ebenfalls aus. Dies ist geboten, um die Chancengleichheit im Prüfungsverfahren zu gewährleisten.

Weitere Gründe, weswegen die Zulassung zum Vorbereitungsdienst versagt werden soll oder versagt werden kann, enthält § 33 Abs. 6 und 7 ThürJAPO.

Zu Absatz 3

Die Regelungen sind dem bisherigen § 7 Abs. 1 Satz 3 und 5 bis 9 angelehnt, allerdings wird bei der Höhe der Unterhaltsbeihilfe der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare nicht mehr zwischen einem Grundbetrag in Höhe von mindestens 1.100 Euro monatlich (wie im bisherigen § 7 Abs. 1 Satz 4 geregelt) und einem über diesen Mindestbetrag hinausgehenden Betrag in Höhe von 200 Euro nach dem mit diesem Ablösungsgesetz außer Kraft zu setzenden § 33a Abs. 1 ThürJAPO unterschieden. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit und aus Vereinfachungsgründen wird die Höhe der Unterhaltsbeihilfe nunmehr auf insgesamt 1.300 Euro monatlich festgesetzt, ohne dass es sich hierbei um einen Mindestbetrag handelt.

Mit der Regelung in Satz 4 ist festgelegt, dass Familienzuschläge insbesondere nach § 38 Abs. 1 ThürBesG nicht gewährt werden.

Zu Absatz 4

Die Regelungen entsprechen dem bisherigen § 7 Abs. 2. Da sich die beamtenrechtlichen Regelungen für die staatlichen Ausbildungsgänge in vollem Umfang bewährt haben, soll weitestgehend auf diese zurückgegriffen werden. Die Regelungen zur Beihilfe, zur Besoldung und zum Diensteid finden insbesondere wegen des Verweises in Absatz 1 Satz 3 auf § 15 Abs. 3 ThürLaufbG keine Anwendung.

Zu Absatz 5

Nach § 2 Abs. 5 des Rechtspflegergesetzes (RPfIG) in der Fassung vom 14. April 2013 (BGBl. I S. 778; 2014 I S. 46) in der jeweils geltenden Fassung können Referendarinnen und Referendare mit der zeitweiligen Wahrnehmung der Geschäfte einer Rechtspflegerin oder eines Rechtspflegers beauftragt werden. Nach § 153 Abs. 5 Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077) in der jeweils geltenden Fassung können die Länder bestimmen, dass mit Aufgaben einer Urkundsbeamtin oder eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle auch betraut werden kann, wer auf dem Sachgebiet, das ihm übertragen werden soll, einen Wissens- und Leistungsstand aufweist, der dem durch die Ausbildung zur Urkundsbeamtin oder zum Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vermittelten Stand gleichwertig ist. Nach § 142 Abs. 3 GVG kann Referendarinnen und Referendaren die Wahrnehmung der Aufgaben einer Amtsanwältin oder eines Amtsanwalts übertragen werden, weswegen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die während der Strafrechtsstation der Staatsanwaltschaft zur Ausbildung zugewiesen sind, regelmäßig zur eigenverantwortlichen Sitzungstätigkeit als Vertreterinnen oder Vertreter der Staatsanwaltschaft eingeteilt werden können.

Zu Absatz 6

Die Regelung dient der Klarstellung. Im bisherigen § 7 Abs. 3 war lediglich die Übertragung der dort benannten Dienstgeschäfte zur selbständigen Wahrnehmung durch die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zu Ausbildungszwecken geregelt.

Der Vorbereitungsdienst zielt auf die Erlangung der Befähigung zum Richteramt nach § 5 Abs. 1 DRiG und damit auch den Zugang zu den anderen "klassischen" juristischen Berufen ab. Dementsprechend steht die Ausbildung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im Vordergrund. Die Erbringung von Dienstleistungen durch die Rechtsreferendarin oder den Rechtsreferendar für den Dienstherrn spielt daher nur eine untergeordnete Rolle (Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. Dezember 2009, Az. 2 B 43/09).

Die Regelung des bisherigen § 7 Abs. 3 erfasste jedoch nicht diejenigen Fälle, in denen der Ausbildungszweck in den Hintergrund tritt.

Hierbei handelt es sich um (Warte-)Zeiten der Rechtsreferendarin oder des Rechtsreferendars zwischen dem Ende einer Unterbrechung des Vorbereitungsdienstes, zum Beispiel aufgrund von Krankheit oder Mutterschutz oder Elternzeit, und der Wiedereingliederung in die Ausbildungszyklen des Vorbereitungsdienstes oder nach Nichtantritt oder Abbruch des Prüfungsverfahrens bis zum nächsten Prüfungsdurchgang. In diesen Zeiträumen findet trotz Beibehaltung des Anspruchs auf Unterhaltsbeihilfe wegen der Vermeidung ungerechtfertigter Vorteile gegenüber anderen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren keine Ausbildung statt. Für diese Zeiten besteht daher ein Interesse des Dienstherrn, der Rechtsreferendarin oder dem Rechtsreferendar zwecks Vermeidung von Ausbildungsvorteilen andere dienstliche Aufgaben zu übertragen. Innerhalb der vorgenannten Wartezeiten erfolgte in der Vergangenheit regelmäßig eine Zuweisung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare an Gerichte zur Wahrnehmung von Rechtspflegeraufgaben nach § 2 Abs. 5 RPfIG. Denkbar wäre auch eine Einteilung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zum Sitzungsdienst als Vertreterinnen und Vertreter der Anwaltschaft.

Zu Absatz 7

Die Regelung dient der Klarstellung, dass das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis und damit der Vorbereitungsdienst mit dem Bestehen oder wiederholten Nichtbestehen der zweiten Staatsprüfung endet, ohne dass es eines weiteren Beendigungsaktes bedarf.

Zu § 8

Die in § 8 enthaltenen Regelungen wurden wegen ihrer besonderen Bedeutung für das Prüfungsverfahren und den Vorbereitungsdienst aufgenommen.

Zu Absatz 1

Nicht nur im Falle einer Körperbehinderung, sondern auch bei einer längerfristigen, nicht unerheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigung kann ein angemessener Nachteilsausgleich gewährt werden, und zwar sowohl für die Erbringung von Prüfungsleistungen als auch bereits für die während des Vorbereitungsdienstes zu erbringenden Leistungen der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare.

Eine Körperbehinderung stellt eine nicht nur vorübergehende, sondern vielmehr eine dauerhafte Beeinträchtigung dar, zum Beispiel eine hochgradige Sehbehinderung oder fehlendes Sehvermögen. Demgegenüber sind gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht unabänderlich für immer gegeben, sondern von begrenzter Dauer und können sowohl für kurze Zeit als auch für einen längeren Zeitraum zu beklagen sein, zum Beispiel Folgen einer unfallbedingten Verletzung, die sich zum Zeitpunkt der Prüfung noch beeinträchtigend auswirkt.

Für den Fall, dass Prüflinge wegen einer Körperbehinderung oder einer längerfristigen, nicht unerheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigung für die Erbringung der Prüfungsleistungen der staatlichen Pflichtfachprüfung oder der zweiten Staatsprüfung einen Nachteilsausgleich beantragen, muss das Justizprüfungsamt Erkenntnisse darüber haben, in welchem Ausmaß die antragstellende Person bei der Leistungserbringung tatsächlich beeinträchtigt ist und auf welche Art und Weise aus medizinischer Sicht während der Prüfung ein geeigneter Nachteilsausgleich, zum Beispiel die Verlängerung der Bearbeitungszeit oder nicht auf die Bearbeitungszeit anzurechnende Pausen, gewährt werden kann. Entsprechendes gilt, wenn Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare wegen einer Körperbehinderung oder einer längerfristigen, nicht unerheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigung bereits für die während des Vorbereitungsdienstes zu erbringenden Leistungen einen Nachteilsausgleich beantragen.

In den vorbezeichneten Fällen sind dem Justizprüfungsamt zur Vorbereitung seiner jeweiligen Entscheidung grundsätzlich die Stellungnahmen von Amtsärztinnen und Amtsärzten vorzulegen, die kraft ihres Amtes unparteiisch sind. In begründeten Einzelfällen kann das Justizprüfungsamt auf ein amtsärztliches Zeugnis verzichten, zum Beispiel, wenn in einem anderen behördlichen Verfahren nachweislich bereits Feststellungen über eine Körperbehinderung getroffen wurden und dem Justizprüfungsamt ein Schwerbehindertenausweis vorgelegt wird.

Es obliegt den Prüflingen, Rechtsreferendarinnen oder Rechtsreferendaren, die den Nachteilsausgleich beantragen, selbst Kontakt mit der Amtsärztin, dem Amtsarzt, der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt aufzunehmen und diese oder diesen zu bitten, zwecks Vorlage beim Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis beziehungsweise eine Stellungnahme zu erstellen.

Das Justizprüfungsamt darf amtsärztliche medizinische Feststellungen und Angaben in ärztlichen Stellungnahmen verlangen, soweit deren Kenntnis unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit für dessen Entscheidung erforderlich sind.

Über die Frage, inwieweit der antragstellenden Person wegen einer Körperbehinderung oder einer längerfristigen, nicht unerheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigung für die Leistungserbringung ein Nachteilsausgleich zu gewähren ist, entscheidet das Justizprüfungsamt aufgrund der vorgetragenen medizinischen Fakten der krankhaften Beeinträchtigung.

Da es sich bei den amtsärztlichen medizinischen Feststellungen und Angaben in ärztlichen Stellungnahmen um Gesundheitsdaten nach Artikel 4 Nr. 15 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2; L 74 vom

4.3.2021, S. 35) in der jeweils geltenden Fassung handelt und die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 der Verordnung (EU) 2016/679 und den Bestimmungen des Thüringer Datenschutzgesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) in der jeweils geltenden Fassung nur unter engen Voraussetzungen zulässig ist, wird mit Absatz 1 eine spezialgesetzliche Rechtsgrundlage zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Justizprüfungsamts geschaffen.

Zu Absatz 2

Personen, die bereits zur staatlichen Pflichtfachprüfung oder zur zweiten Staatsprüfung zugelassen wurden, jedoch krankheitsbedingt die Prüfung entweder nicht antreten können oder vorzeitig abbrechen müssen, wird auf Antrag die Zustimmung des Justizprüfungsamts zur Nichterbringung von Prüfungsleistungen erteilt. Hierbei haben sie grundsätzlich durch Beifügung eines amtsärztlichen Zeugnisses glaubhaft zu machen, dass sie wegen Krankheit daran gehindert waren, an der Prüfung teilzunehmen beziehungsweise die bereits begonnene Prüfung fortzusetzen. Das Justizprüfungsamt muss Erkenntnisse darüber haben, ob die Kandidatin oder der Kandidat während der Zeit der Prüfung tatsächlich krankheitsbedingt prüfungsunfähig war, sodass die Teilnahme an der Prüfung beziehungsweise deren Fortsetzung aus medizinischer Sicht nicht möglich war.

In den vorbezeichneten Fällen sind dem Justizprüfungsamt zur Vorbereitung seiner Entscheidung grundsätzlich die Stellungnahmen von Amtsärztinnen und Amtsärzten vorzulegen, die kraft ihres Amtes unparteiisch sind. In begründeten Einzelfällen kann das Justizprüfungsamt auf ein amtsärztliches Zeugnis verzichten und sich die Stellungnahme der behandelnden Ärztin oder des behandelnden Arztes vorlegen lassen, zum Beispiel in Zeiten einer Pandemie, wenn es der Kandidatin oder dem Kandidaten nicht möglich ist, bei einem Gesundheitsamt vorstellig zu werden, weil dort wegen einer Überlastungssituation keine (zeitnahen) Termine vergeben werden können. Falls eine Kandidatin oder ein Kandidat zum Beispiel wegen eines Krankenhausaufenthalts nicht an der Prüfung teilnehmen kann, eröffnet der Verweis in Satz 2 auf Absatz 1 Satz 2 wegen der Verwendung des Wortes "insbesondere" dem Justizprüfungsamt die Möglichkeit, anstelle eines amtsärztlichen Zeugnisses den Nachweis des Krankenhauses, dass die Kandidatin oder der Kandidat sich in stationärer Behandlung befindet, als ausreichend anzuerkennen. Falls bei einer Kandidatin oder einem Kandidaten kurz vor Beginn der Prüfung oder während der bereits begonnenen Prüfung derart offensichtlich Krankheitssymptome auftreten, dass die Prüferinnen und Prüfer oder die Bediensteten des Justizprüfungsamts die dadurch bedingte Verhinderung zweifelsfrei selbst feststellen können, zum Beispiel Kreislaufkollaps, bedarf es ebenfalls keines amtsärztlichen Zeugnisses.

Es obliegt den Kandidatinnen oder Kandidaten, die krankheitsbedingt die Prüfung entweder nicht antreten können oder vorzeitig abbrechen müssen, selbst Kontakt mit der Amtsärztin, dem Amtsarzt, der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt aufzunehmen und diese oder diesen zu bitten, zwecks Vorlage beim Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis beziehungsweise eine Stellungnahme zu erstellen.

Das Justizprüfungsamt darf amtsärztliche medizinische Feststellungen und Angaben in ärztlichen Stellungnahmen verlangen, soweit deren Kenntnis unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit für dessen Entscheidung erforderlich sind.

Über die Frage, ob die antragstellende Person prüfungsunfähig ist, entscheidet das Justizprüfungsamt aufgrund der vorgetragenen medizinischen Fakten der krankhaften Beeinträchtigung.

Da es bei den amtsärztlichen medizinischen Feststellungen und Angaben in ärztlichen Stellungnahmen um Gesundheitsdaten nach Artikel 4 Nr. 15 der Verordnung (EU) 2016/679 geht und die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 der Verordnung (EU) 2016/679 und den Bestimmungen des Thüringer Datenschutzgesetzes nur unter engen Voraussetzungen zulässig ist, wird mit Absatz 2 eine weitere spezialgesetzliche Rechtsgrundlage zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Justizprüfungsamts geschaffen.

Zu Absatz 3

Zwar obliegt es grundsätzlich der antragstellenden Person selbst, Kontakt mit der Amtsärztin, dem Amtsarzt, der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt aufzunehmen und diese oder diesen zu bitten, zwecks Vorlage beim Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis beziehungsweise eine Stellungnahme zu erstellen und diese (amts-)ärztlichen Ausführungen erforderlichenfalls ergänzen zu lassen. Für den Fall, dass die medizinischen Feststellungen in dem amtsärztlichen Zeugnis oder die Angaben in der Stellungnahme der behandelnden Ärztin oder des behandelnden Arztes das Justizprüfungsamt noch nicht in die Lage versetzen, über den Antrag auf Nachteilsausgleich oder auf Zustimmung zur Nichterbringung von Prüfungsleistungen abschließend zu entscheiden, kann das Justizprüfungsamt aus Gründen der Zeiterparnis Nachfragen auch unmittelbar an die Amtsärztin, den Amtsarzt, die behandelnde Ärztin oder den behandelnden Arzt richten und somit etwaige, noch offene entscheidungserhebliche Aspekte schnell klären, sofern die antragstellende Person die Amtsärztin, den Amtsarzt, die behandelnde Ärztin und den behandelnden Arzt bei weiterem Klärungsbedarf jeweils von der Schweigepflicht gegenüber dem Justizprüfungsamt schriftlich entbindet.

Da es hierbei um Gesundheitsdaten nach Artikel 4 Nr. 15 der Verordnung (EU) 2016/679 geht und die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 der Verordnung (EU) 2016/679 und den Bestimmungen des Thüringer Datenschutzgesetzes nur unter engen Voraussetzungen zulässig ist, wird auch mit Absatz 3 eine weitere spezialgesetzliche Rechtsgrundlage zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten für die Erfüllung der Aufgaben des Justizprüfungsamts geschaffen.

Zu Absatz 4

Die Regelung in Absatz 4 dient der Konkretisierung der Vorgaben nach Artikel 9 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2016/679 und den Bestimmungen des Thüringer Datenschutzgesetzes.

Zu Absatz 5

Es wird klargestellt, dass Unterlagen, wie zum Beispiel amtsärztliche Zeugnisse und sonstige ärztliche Stellungnahmen, nicht im Justizprüfungsamt verbleiben, sobald sie für die Erfüllung der Aufgaben des Justizprüfungsamts nicht mehr benötigt werden.

Zu § 9

Zu Absatz 1

Nach Artikel 84 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625) in der jeweils geltenden Fassung kann die Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung nur durch Gesetz erteilt werden. Es muss Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung bestimmen. In Absatz 1 sind umfangreiche Verordnungsermächtigungen für Rechtsverordnungen enthalten, in denen die näheren Einzelheiten zur Ausfüllung beziehungsweise Konkretisierung der gesetzlichen Bestimmungen geregelt werden können. Die durch diese Rechtsverordnungen zu regelnden Inhalte sind in Absatz 1 nicht abschließend genannt. Vielmehr zeigt die Verwendung des Wortes "insbesondere" in Satz 1, dass es sich lediglich um eine beispielhafte Aufzählung handelt, wobei die Reihenfolge dem tatsächlichen Ablauf der juristischen Ausbildung angepasst ist.

Die im bisherigen § 8 Abs. 1 Halbsatz 2 Nr. 2 erwähnte Regelstudienzeit, innerhalb der die erste Prüfung abgelegt werden soll, ist in § 5d Abs. 2 Satz 1 DRiG abschließend und für die Länder bindend geregelt, sodass es hierzu keiner Regelung in einer Rechtsverordnung bedarf.

Zwar werden Prüfungsverfahren bislang in Papierform durchgeführt. In Anlehnung an § 298a Abs. 2 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781) in der jeweils geltenden Fassung und an § 55b Abs. 6 VwGO soll mit Nummer 9 der gesetzliche Rahmen zur Aufbewahrung handschriftlich angefertigter Aufsichtsarbeiten in elektronischer Form geschaffen werden.

Zu Absatz 2

Nach § 5a Abs. 2 Satz 1 DRiG sind Gegenstand des Studiums Pflichtfächer und Schwerpunktgebiete mit Wahlmöglichkeiten. Nach § 5a Abs. 4 DRiG regelt das Nähere das Landesrecht. Mit Absatz 2 wird die Ermächtigung nach Absatz 1 auf das Studium der Schwerpunktgebiete nebst universitärer Schwerpunktgebietenprüfung erweitert.

Zu Absatz 3

In Absatz 3 ist die Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung von Gebühren enthalten.

Zum einen wird die Wiederholung einer bestandenen zweiten Staatsprüfung zwecks Verbesserung der Prüfungsnote nur zugelassen, wenn die für die Bewertung der Prüfungsleistungen entstehenden Kosten im Voraus erstattet werden.

Zum anderen werden für den Fall der Zurückweisung eines erfolglosen Widerspruchs beziehungsweise bei Rücknahme oder sonstigen Erledigung eines Widerspruchs gegen Verwaltungsakte, denen eine Bewertung von Prüfungsleistungen zugrunde liegt, Gebühren erhoben, um den damit verbundenen Verwaltungs- und Kostenaufwand für das Justizprüfungsamt zu decken.

Hierzu ist es erforderlich, das Thüringer Verwaltungskostengesetz (Thür-VwKostG) für die Kosten des Widerspruchsverfahrens in beiden staatlichen Prüfungen für anwendbar zu erklären. Das Thüringer Verwal-

tungskostengesetz wird derzeit novelliert, der Abschluss ist noch nicht absehbar.

Nach § 1 Abs. 3 Satz 3 ThürVwKostG gilt das Thüringer Verwaltungskostengesetz nicht für den Bereich der Justizverwaltung. Ob die Tätigkeit des Justizprüfungsamts als Handeln einer Behörde der Justizverwaltung oder einer Verwaltungsbehörde anzusehen ist, wird unterschiedlich beurteilt. Zweckmäßige Regelungen für die Erhebung von Gebühren im Bereich des Justizprüfungsamts enthält allein das Thüringer Verwaltungskostengesetz. Zur Klarstellung ist es daher geboten, die Anwendbarkeit des Thüringer Verwaltungskostengesetzes für die Kosten des Widerspruchsverfahrens ausdrücklich festzulegen.

Allerdings bedarf es für den Fall der Rücknahme oder anderweitigen Erledigung eines Widerspruchs gegen einen Prüfungsbescheid einer gesonderten Regelung, da die im Thüringer Verwaltungskostengesetz für den Fall der Rücknahme oder anderweitigen Erledigung eines Widerspruchs enthaltene Regelung davon ausgeht, dass für den angefochtenen Bescheid eine Gebühr erhoben wird. Die (Ausgangs-)Bescheide über die Prüfungsergebnisse ergehen jedoch kostenfrei.

Unter Zugrundelegung der am 31. Dezember 2021 geltenden Fassung des Thüringer Verwaltungskostengesetzes stellt sich die Kostenregelung wie folgt dar:

In § 4 Abs. 6 Satz 1 ThürVwKostG ist der Fall der Rücknahme oder anderweitigen Erledigung des Widerspruchs geregelt. Wegen des Verweises auf § 4 Abs. 3 Satz 1 ThürVwKostG beträgt die festzusetzende Gebühr bis zu 75 Prozent der für den angefochtenen Bescheid festgesetzten Gebühr. Da für die (Ausgangs-)Bescheide über die Prüfungsergebnisse keine Kosten festzusetzen sind, liefe bei Widersprüchen gegen diese Bescheide der Verweis in § 4 Abs. 6 Satz 1 ThürVwKostG auf § 4 Abs. 3 Satz 1 ThürVwKostG ins Leere. § 4 Abs. 6 Satz 1 ThürVwKostG verweist ausdrücklich nur auf Absatz 3 Satz 1, nicht aber auch auf Absatz 3 Satz 2. Wegen des Analogieverbots im Kostenrecht ist es in den vorbezeichneten Fällen nicht möglich, § 4 Abs. 3 Satz 2 ThürVwKostG, der eine Entscheidung über den Widerspruch voraussetzt, entsprechend anzuwenden. Regelmäßig fällt auch im Falle der Rücknahme oder anderweitigen Erledigung eines Widerspruchs gegen einen Prüfungsbescheid ein nicht unerheblicher Verwaltungsaufwand an, zum Beispiel durch die Anfertigung umfangreicher Kopien und Einholung von Stellungnahmen der Prüferinnen und Prüfer, die hierfür zusätzlich zu vergüten sind. Daher bedarf es für die Erhebung von Gebühren einer gesonderten Rechtsgrundlage, da eine solche sich gerade nicht aus dem Thüringer Verwaltungskostengesetz ergibt. Falls ein Widerspruch gegen einen (gebührenfreien) Prüfungsbescheid zurückgenommen wird oder sich auf andere Weise erledigt und demzufolge keine Entscheidung über den Widerspruch ergeht, stellt § 4 Abs. 6 und 3 ThürVwKostG keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage für eine Gebührenerhebung dar.

In § 4 Abs. 3 Satz 2 ThürVwKostG ist geregelt, dass für die Entscheidung über einen erfolglosen Widerspruch eine Gebühr bis zu 3.000 Euro zu erheben ist, wenn für den angefochtenen Ausgangsbescheid keine Gebühr festzusetzen war. An diesem Betrag soll sich nunmehr die Gebühr bei Erledigung des Widerspruchs gegen einen gebührenfreien Bescheid über die Prüfungsergebnisse orientieren und bis zu 75 Prozent von 3.000 Euro betragen, das heißt bis zu 2.250 Euro. Damit kann in Fällen, in denen ein Widerspruch gegen einen Prüfungsbescheid zurückgenommen wird oder sich auf andere Weise erledigt, eine Gebühr

bis zu einem Höchstbetrag von 2.250 Euro festgesetzt werden. Auf diese Weise ist es möglich, die Höhe der Gebühr dem im jeweiligen Einzelfall tatsächlich angefallenen Aufwand anzupassen. Falls sich der Widerspruch gegen einen Prüfungsbescheid so zeitig erledigt, dass das Justizprüfungsamt zum Zeitpunkt der Rücknahme oder der anderweitigen Erledigung des Widerspruchs noch nicht mit der sachlichen Bearbeitung begonnen hatte, ist nach § 4 Abs. 6 Satz 5 ThürVwKostG keine Gebühr zu erheben. Nach § 4 Abs. 6 Satz 3 ThürVwKostG beträgt die Mindestgebühr nach Beginn der sachlichen Bearbeitung in den vorbezeichneten Fällen 20 Euro.

Zu § 10

Die Bestimmungen in diesem Gesetz gelten nicht nur für männliche und weibliche Personen, sondern auch für Menschen mit diversem Geschlecht und Menschen, bei denen kein Geschlecht in das Geburtenregister eingetragen ist.

Zu § 11

Zu Absatz 1

Es wird das Inkrafttreten dieses Ablösungsgesetzes geregelt.

Zu Absatz 2

Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem dieses Ablösungsgesetz in Kraft tritt, wird das Thüringer Juristenausbildungsgesetz in der bisher geltenden Fassung abgelöst.

Da die bisher in § 33 Abs. 5 Nr. 1 und 3 bis 5 ThürJAPO genannten zwingenden Versagungsgründe für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst nunmehr in § 7 Abs. 2 Satz 1 übernommen wurden, ist gleichzeitig § 33 Abs. 5 Nr. 1 und 3 bis 5 ThürJAPO außer Kraft zu setzen.

Wegen der Neuregelung in § 7 Abs. 3 Satz 1 ist gleichzeitig auch § 33a Abs. 1 ThürJAPO außer Kraft zu setzen.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Notarkammer Thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Thüringer Rechtsreferendarverein e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Novellierung des Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz -ThürJAG-)

1. Haben Sie sich als **Vertreter einer juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
<i>Notarkammer Thüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Regierungsstraße 28</i>
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
Postleitzahl, Ort	<i>99084 Erfurt</i>

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
 (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung der Interessen der Notarinnen und Notare in Thüringen und Wahrnehmung d. Aufgaben gem. 67 BNobO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Erlaub., 23.12.2021</i>	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
THÜRINGER JURISTENAUSBILDUNGSGESETZ – THÜRJAAG											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td style="padding: 5px;">Z.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">SCHMIDTSTEDTER STR. 3</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	Z.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
	Name	Organisationsform									
	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	Z.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3									
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND i.S. § 35 THÜR BG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Vorgetragene Änderungen werden mitgetragen, gehen aber hbb aber nicht weit genug. Mindestforderung: Anhebung der Ausbildeungsvergütung um mind. 100 € monatlich.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ERFURT, 22.08.2021	



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail

Thüringer Ministerium für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz
Präsident Justizprüfungsamt

Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Landesvorsitzender

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen
Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521

Telefax: 0361.6547522

E-Mail: post@dbbth.de

www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
23. Juli 2021

Datum
22. September 2021

Novellierung des Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (ThürJAG)

Anhörung nach § 6 Beteiligungsvereinbarung

Sehr geehrter Herr

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme.

Die juristische Arbeitswelt hat sich in den vergangenen 20 Jahren stark verändert. Digitale und europarechtliche Kompetenzen sind heute integrale Voraussetzung für Juristen innerhalb und außerhalb der klassischen Tätigkeiten in der Justiz. Daher würde es der tbb als notwendig empfinden, zeitnah die **Thüringer Juristenausbildungs- und -prüfungsordnung (ThürJAPO)** diesbezüglich zu ergänzen.

Es ist schade, dass Thüringen nicht dem Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern und Hessen folgt, die sich inzwischen entschieden haben, wieder die Beamtenstellung für das Referendariat einzuführen. Neben dem Ausbildungsanreiz (bessere und angemessenere Vergütungssituation) hätte dies auch den Vorteil, dass die komplizierte und auch in der Praxis nicht einfach umzusetzende Regelung der Nebentätigkeit und deren Vergütung im Referendariat nicht mehr notwendig wäre.

Auch ist in Thüringen eine Regelung eines Teilzeitreferendariats bislang nicht vorgesehen. Im Rahmen der Familienfreundlichkeit und dem Ausgleich von Nachteilen scheint ein Anspruch auf ein Referendariat in Teilzeit durchaus geboten. Gerade angehende Juristinnen und Juristen, die Familienangehörige pflegen, durch soziales Engagement oder aus gesundheitlichen Gründen zeitlich nur eingeschränkt tätig werden können, werden derzeit vom Vorbereitungsdienst ausgeschlossen. Dies ist vor allem deshalb bedenklich, weil bei

anderen Berufen ein (grundsätzlich in Teilzeit mögliches) Universitätsstudium als hinreichend erachtet wird und auch ein Studium der Rechtswissenschaft praktisch in Teilzeit möglich ist. Ein Teilzeitreferendariat würde zudem die im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung wichtige Attraktivität des Vorbereitungsdienstes steigern. Hier müsste dringend nachgebessert werden.

Zum Gesetzentwurf:

Der tbb hat keine Bedenken gegen die dargestellten Änderungen. Der Entwurf wird jedoch nach unserer Auffassung den aktuellen Anforderungen an die Juristenausbildung nicht gerecht, da er aktuelle Probleme in diesem Bereich komplett ausblendet. Es werden lediglich einzelne Bereiche herausgenommen, ohne das Gesamtkonzept der Juristenausbildung auf moderne Füße zu stellen. Dabei kann sich der Gesetzgeber nicht darauf zurückziehen, dass die Justizministerkonferenz der Länder eine Harmonisierung der Juristenausbildung anstrebt, da auch andere Bundesländer – wie zuletzt NRW – trotz dieses gemeinsamen Ziels der Harmonisierung es schaffen, zumindest teilweise die Ausbildung zu „entstauben“.

Die nach wie vor im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis befindlichen Rechtsreferendare erhalten als Zuschuss zum Bestreiten des Lebensunterhalts eine monatliche Unterhaltsbeihilfe von derzeit insgesamt 1 300 Euro monatlich. Damit liegt Thüringen im Ranking der Länder am untersten Ende:

Tabelle: Unterhaltsbeihilfe nach Bundesländern

<i>Bundesland</i>	<i>Anzahl Referendare</i>	<i>Vergütung</i>
Baden-Württemberg	1910	1352,51 €*
Bayern	2745	1452,08 €*
Berlin	1231	1487,52 €*
Brandenburg	340	1473,26 €*
Bremen	112	1333,61 €*
Hamburg	617	1209,21 €*
Hessen	1691	1523,13* / 1523,13 €**
Mecklenburg-Vorpommern	104	1195,00* / 1502,50 €**
Niedersachsen	1159	1276,63 €*
Nordrhein-Westfalen	3684	1325,17 €*
Rheinland-Pfalz	594	1354,86 €*
Saarland	148	1261,43 €*
Sachsen	541	1595,10 €*
Sachsen-Anhalt	157	1311,75 €*
Schleswig-Holstein	640	1394,79 €*
Thüringen	121	1300,00 €*

*nicht verbeamtet

**verbeamtet

Wünschenswert und notwendig wäre daher eine Erhöhung des Unterhaltszuschusses. Um lediglich in die Mitte zu kommen, wären mindestens 100 € monatlich mehr erforderlich.

An dieser Stelle möchte der tbb zudem kritisieren, dass in Thüringen nur 121 Referendare ausgebildet werden. Dies steht in keinem Verhältnis zu den Studierenden der Rechtswissenschaft an der FSU Jena (lt. Statistikamt Thüringen gab es 2020/2021 im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft 5.719 Studierende) und erscheint zudem mit Blick auf den Einstellungsbedarf in den nächsten Jahren nach Betrachtung des Altersschnitts der Richterinnen und Richter sowie dessen der Juristen in der allgemeinen Verwaltung als zu gering zu bewerten.

Im Rahmen der Vereinbarung über die Beteiligung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände bei allgemeinen Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse nach § 95 des Thüringer Beamtengesetzes zwischen der Landesregierung und den Spitzengewerkschaften bitten wir, sofern in den Stellungnahmen enthaltene Vorschläge der Spitzenorganisationen nicht berücksichtigt worden sind, um eine schriftliche Erläuterung.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf des Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz -ThürJAG-)											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">-----</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">-----</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">-----</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">-----</td> </tr> </table>	Name	Vorname	-----	-----	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	-----	Postleitzahl, Ort	-----
	Name	Vorname									
	-----	-----									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer	-----									
Postleitzahl, Ort	-----										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufsichtsbehörde für den Datenschutz gem. § 4 ThürDSG Beratung gem. § 19 Abs. 1 ThürTG Ombudsstelle nach ThürTG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - § 8 Abs. 1, 2 des Entwurfs: Begriff „Befundtatsachen“ nicht legal definiert und zu weit - Vorschlag stattdessen: „medizinische Feststellungen zu Einschränkungen, soweit deren Kenntnis unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit für die Entscheidung erforderlich sind“ - § 8 Abs. 3 des Entwurfs entspricht einer Schweigepflichtentbindung der genannten Ärzte - Empfehlung sicherzustellen, dass die Schweigepflichtentbindung nicht grundsätzlich bereits vorab, sondern nur in Fällen, in denen tatsächlich weitere Fragen geklärt werden müssen, eingeholt wird. - Absatz 4 des Entwurfs: Bedienstete für die besonderen Verarbeitungsbedingungen bei besonderen Kategorien von Daten „zu sensibilisieren“ - zu unbestimmt, daher Anregung, stattdessen auf die besondere Zweckbindung und ein Verbot der anderweitigen Verarbeitung abzustellen und die zuständigen Bediensteten regelmäßig hierüber zu belehren 	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 29.09.2021	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom : 23. Juli 2021
Ihr Zeichen :
Bearbeiter/in :
Telefon : +49 (361) 57-3112965
Erfurt, den :

- per E-Mail: poststelle@tmmjv.thueringen.de -

Novellierung des Thüringer Juristenausbildungsgesetzes (ThürJAG) im Jahr 2021

Sehr geehrter Herr Präsident ,

der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) bedankt sich für die Übersendung des o.g. Referentenentwurfs (nachfolgend: „Entwurf“) und die gewährte Fristverlängerung. Nach erster Prüfung wird wie folgt Stellung genommen:

1. zu § 8:

a)

Gemäß Absatz 1 ist dem Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis vorzulegen, das die für die Beurteilung der Beeinträchtigung (...) nötigen medizinischen „**Befundtatsachen**“ enthalten muss.

Gemäß Absatz 2 ist bei „einer krankheitsbedingten Verhinderung (...)“ dem Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis vorzulegen, das die für die Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit erheblichen „**Befundtatsachen**“ enthalten muss“.

Postanschrift: Postfach 900455
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900

E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

In der Begründung wird der Begriff der „Befundtatsachen“ nicht näher definiert. Es wird ausgeführt, dass das Prüfungsamt Erkenntnisse darüber haben muss, in welchem Ausmaß die Prüffähigkeit des Antragstellers beeinträchtigt ist und auf welche Art und Weise aus medizinischer Sicht ein geeigneter Nachteilsausgleich gewährt werden kann.

Die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) stellt u.a. die Gesundheitsdaten unter besonderen Schutz, siehe Art. 9 DS-GVO.

Der Begriff der **Befundtatsachen** ist nicht legal definiert. Er könnte daher z. B. auch die Anamnese umfassen, deren Kenntnis für die Entscheidung des Justizprüfungsamts regelmäßig nicht erforderlich ist. Hinzukommt, dass auch Daten Dritter umfasst sein können, die im Rahmen der Untersuchung vom Amtsarzt erhoben und verarbeitet werden könnten. Die Angaben, die dem Justizprüfungsamt für seine Aufgabenerfüllung vom Amtsarzt zu übermitteln sind, müssen aufgrund des Grundsatzes der Datenminimierung (Art. 5 Abs. 1 lit c) DS-GVO) so konkret wie möglich beschrieben werden.

Der TLfDI empfiehlt eine Formulierung wie folgt:

Abs. 1 S. 1

„... ist dem Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis vorzulegen, das die für die Beurteilung der Körperbehinderung oder der längerfristigen, nicht unerheblichen Beeinträchtigung der physischen oder psychischen Gesundheit nötigen **medizinischen Feststellungen zu Einschränkungen, soweit deren Kenntnis unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit für die Entscheidung erforderlich sind**, enthalten muss.“

Abs. 2 S. 1

„... ist dem Justizprüfungsamt ein amtsärztliches Zeugnis vorzulegen, das die für die Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit erheblichen **Feststellungen, soweit deren**

Kenntnis unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit für die zu treffende Entscheidung erforderlich sind, enthalten muss.“

2.

Nach Absatz 3 kann das Justizprüfungsamt mit schriftlicher Zustimmung des Antragstellers weitere Erkundigungen beim Amtsarzt bzw. dem behandelnden Arzt einholen. Dies entspricht einer **Schweigepflichtentbindung** der genannten Ärzte.

Zunächst erweckt die Begründung zu § 8 Abs. 1 die Vorstellung, dass eine Datenübermittlung nur bei Vorliegen einer schriftlichen Schweigepflichtentbindung erfolgen darf. Dies wäre unzutreffend, denn § 8 Abs. 1 und auch Abs. 2 stellen bereits gesetzliche Übermittlungsbefugnisse für den Amtsarzt an das Justizprüfungsamt dar. Allerdings sind sie zu unbestimmt hinsichtlich der besonderen Kategorien von Daten nach Art 9 DS-GVO.

Erst Absatz 3 befugt zu weiteren Erkundigungen beim Amtsarzt. Fraglich ist jedoch, weshalb diese erforderlich sein sollten, da die „Befundtatsachen“ (oder besser: tragenden Feststellungen und Gründe des Ergebnisses) ohnehin übermittelt werden und damit das Justizprüfungsamt den aus medizinischer Sicht geeigneten Ausgleich gewähren kann.

Es ist daher in Absatz 3 sicherzustellen, dass die Schweigepflichtentbindung nicht grundsätzlich bereits vorab, sondern nur in Fällen, in denen tatsächlich weitere Fragen geklärt werden müssen, eingeholt wird.

3.

Absatz 4 formuliert am Ende, dass Bedienstete für die besonderen Verarbeitungsbedingungen bei besonderen Kategorien von Daten „zu sensibilisieren“ sind. Dies ist zu unbestimmt. Hier regt der TlfdI an, stattdessen auf die besondere Zweckbindung und ein Verbot der anderweitigen Verarbeitung abzustellen und die zuständigen Bediensteten regelmäßig hierüber zu belehren.

Bitte nehmen Sie beiliegende Informationen des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit nach Art. 13 DS-GVO zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontakt**daten:
TLfDI
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
Tel.: +49 (361) 57-3112900
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de¹
2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG² i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.
3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.
Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.
Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.
4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.
5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.
6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI³ bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:
Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail: datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de
7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.
Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.²

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

¹ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

² Nur für den nichtöffentlichen Bereich

³ Siehe Nr. 1.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Novellierung des Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz -ThürJAG-)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechtsreferendarverein e. V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o Landgericht Erfurt Domplatz 37</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gerichtsfach 24</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechtsreferendarverein e. V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Landgericht Erfurt Domplatz 37	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gerichtsfach 24	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Rechtsreferendarverein e. V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Landgericht Erfurt Domplatz 37									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gerichtsfach 24									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung der Interessen der Thüringer RechtsreferendarInnen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, X ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	(s. Stellungnahme)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	X ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	X per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	X nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 04.01.2022	

**Thüringer
Rechtsreferendarverein e.V.**
www.thuerref.de



Thüringer Rechtsreferendarverein e.V.
c/o LG Erfurt · Gerichtsfach 24 · Domplatz 37 · 99084 Erfurt

– Nur per E-Mail –

**Thüringer Ministerium für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz**

99107 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
23.07.2021

Datum
22.09.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem von der Thüringer Landesregierung im ersten Kabinettdurchgang am 20.07.2021 beschlossenen Gesetzentwurfs zur Novellierung des Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz -ThürJAG-), die der Thüringer Rechtsreferendarverein e. V. hiermit wahrnimmt:

1. Zu § 7 Abs. 2 ThürJAG:

Nur auf den ersten Blick erscheint es erfreulich, dass sich die Landesregierung dazu entschlossen hat, den Mindestbetrag der monatlichen Unterhaltsbeihilfe in Höhe von 1.100 EUR auf 1.300 EUR anzuheben. Angesichts der gleichzeitigen Abschaffung des monatlichen Zusatzbetrages von 200 EUR nach § 33a Abs. 1 ThürJAPO ist damit, wie die Regierungsbegründung auch selbst einräumt, jedoch keine Änderung der tatsächlichen Verhältnisse verbunden, obwohl eine solche angesichts des seit Jahren andauernden Bewerberschwundes dringend angezeigt ist.

Anschrift	Kontakt	Vorstand
c/o Landgericht Erfurt Gerichtsfach 24 Domplatz 37 99084 Erfurt	info@thuerref.de www.thuerref.de Amtsgericht Erfurt	(Vorstandsvorsitzende) (Schatzmeisterin)

Die Landesregierung vergibt damit erneut eine große Chance, die Justiz und Verwaltung in Thüringen für die kommenden Jahre, die von einem massiven personellen und technologischen Wandel geprägt sind und noch sein werden, zu wappnen und sicherzustellen, dass ausreichend hochqualifiziertes Personal ausgebildet wird. Dies ist umso enttäuschender als der immense Einbruch an Bewerber*innen für ein Rechtsreferendariat in Thüringen und damit die Chance, Kandidat*innen frühzeitig an das Bundesland zu binden und für ein Berufsleben hier zu begeistern, seit Jahren bekannt und nicht zuletzt auf die Abschaffung der Verbeamtung und die damit verbundene massive Kürzung der Unterhaltsbeihilfe zurückzuführen ist.

Eine Änderung von § 7 Abs. 2 ThürJAG verbunden mit einer spürbaren Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe böte die Möglichkeit, den Freistaat Thüringen in der Gunst der Bewerber*innen steigen zu lassen und einen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Justiz und Verwaltung zu leisten. Insoweit soll zu bedenken gegeben werden, dass angehende (Voll-)Jurist*innen, die sich für ein Referendariat in einem anderen Bundesland entscheiden, später nur noch in ganz wenigen Ausnahmefällen für Stellen in Thüringen (zurück)gewonnen werden können.

Der Freistaat Thüringen liegt in einer Rangliste der Unterhaltsbeihilfe nur auf Platz 13 von 16, während beispielsweise der Freistaat Sachsen mit einer Unterhaltsbeihilfe von 1595,10 EUR an der Spitze liegt und so auch regelmäßig Thüringer Bewerber*innen abwirbt, die der hiesigen Justiz und Verwaltung, aber auch der Anwaltschaft „verloren gehen“. Dabei ist auch darauf hinzuweisen, dass in Sachsen etwa doppelt so viele Menschen leben wie in Thüringen, Sachsen aber gleichwohl 4,5-mal so viele Referendar*innen wie Thüringen ausbildet und damit im Hinblick auf den bereits begonnen massiven Strukturwandel in der Rechtspflege insbesondere in personeller Hinsicht deutlich besser aufgestellt ist.

Angesichts dessen, dass – verglichen mit der Unterhaltsbeihilfe in Sachsen – ein Unterschied von „nur“ 295,10 EUR pro Monat in den Augen Mancher vermeintlich gering ausfallen mag, sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um ein Plus von fast 25 Prozent handelt! Bei einer durchschnittlichen Ausbildungszeit von 24,5 Monaten erhält ein/e Rechtsreferendar*in in Sachsen insgesamt 7.229,95 EUR mehr, ohne dass die dortigen Lebenshaltungskosten über die hiesigen spürbar hinausgingen – ganz im Gegenteil, wenn man die hohen Lebenshaltungskosten in Jena, Hochschulstandort und einer der Hauptwohnorte der Thüringer Rechtsreferendar*innen, bedenkt. Zur Einordnung der Einkommensverhältnisse sei beispielhaft auch darauf hingewiesen, dass allein der einmalige Kauf der in der zweiten Staatsprüfung zugelassenen Hilfsmittel Kosten in Höhe von ca. 700 EUR, d. h. mehr als 2/3 eines Netto-Monatsgehaltes, verursacht und diese Kosten vom Dienstherrn, obwohl zwingend notwendig zum Absolvieren des juristischen Vorbereitungsdienstes, nicht getragen werden.

Anschrift	Kontakt	Vorstand
c/o Landgericht Erfurt Gerichtsfach 24 Domplatz 37	info@thuerref.de www.thuerref.de	(Vorstandsvorsitzende) (Schatzmeisterin)
99084 Erfurt	Amtsgericht Erfurt	

Sich in der „Rangliste der Unterhaltsbeihilfe“ mit einem Platz im unteren Tabellenbereich zu begnügen, hat für die Thüringer Justiz und Verwaltung, aber auch für die Anwaltschaft fatale personelle Konsequenzen. Dabei darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass in anderen Bundesländern wie Bayern, Brandenburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Berlin, die in der Rangliste allesamt vor Thüringen liegen, erheblich bessere Zuverdienstmöglichkeiten für Rechtsreferendar*innen bestehen und diese daher auch insoweit in der Gunst der Bewerber*innen bereits weit höher liegen als Thüringen.

Zu bedenken gegeben werden soll auch, dass die Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst zwischen 2008 (100 Prozent) und 2018 einen Zuwachs auf ca. 125 Prozent aufweist. Thüringer Referendar*innen, die im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis bzw. vormals im Beamtenverhältnis ihr Rechtsreferendariat ableisteten und ableisten, partizipier(t)en an dieser günstigen Entwicklung gar nicht und werden stattdessen mit der relativen Erhöhung der Preise zwischen 2008 und 2018 um 13,76 Prozent belastet.

Auch verkennt die Landesregierung, dass mit Mecklenburg-Vorpommern und Hessen bereits zwei Bundesländer die Verbeamtung auf Widerruf (wieder) eingeführt haben und damit erfolgreich gegen den Bewerberschwund ankämpfen. Dabei ist eine Wiedereinführung der Verbeamtung hiezulande kein Muss, auch – das zeigt das Beispiel Sachsen – mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses kann der notwendige Anreiz gesetzt werden.

Zuletzt sei der Hinweis erlaubt, dass kurzfristige Einsparungen bei der Unterhaltsbeihilfe der Referendar*innen sicherlich in keinem Verhältnis zu den künftigen Kosten stehen, die durch eine personell ausgedünnte und dadurch überforderte Rechtspflege auf den Freistaat Thüringen zukommen. Ein Denken nur innerhalb von Legislaturperioden hat auch insoweit fatale Auswirkungen.

2. Zu § 7 Abs. 5 ThürJAG:

Die Vorschrift des § 7 Abs. 5 ThürJAG n. F. sollte gestrichen werden. Denn § 7 Abs. 5 ThürJAG n. F. erfasst über die in der Regierungsbegründung genannten Fälle insbesondere auch den Ergänzungsvorbereitungsdienst. Zwar mag die Wahrnehmung von Geschäften des Rechtspflegers auch bisher zum Umfang des Vorbereitungsdienstes gehört haben, doch wurde dieser Bereich in der bisherigen Ausbildungspraxis gänzlich ausgeklammert. Eine/n Referendar*in im Ergänzungsvorbereitungsdienst nunmehr mit der Wahrnehmung von Geschäften des

Anschrift	Kontakt	Vorstand
c/o Landgericht Erfurt Gerichtsfach 24 Domplatz 37	info@thuerref.de www.thuerref.de	<i>Vorstandsvorsitzende)</i> (Schatzmeisterin)
99084 Erfurt	Amtsgericht Erfurt	

Rechtspflegers zu betrauen, erfordert von der/m im Ergänzungsvorbereitungsdienst befindlichen Referendar*in die Einarbeitung in einen gänzlich neuen Aufgabenbereich und steht daher dem Zweck des Ergänzungsvorbereitungsdienstes diametral entgegen. Denn Zweck des Ergänzungsvorbereitungsdienstes ist das erfolgreiche Absolvieren der zweiten juristischen Staatsprüfung. Das Übertragen von Aufgaben, die eine gänzlich neue Einarbeitung erfordern und Referendar*innen zusätzlich belasten, konterkariert diesen Zweck ganz offensichtlich.

Auch insoweit die Neuregelung vermeintliche Wartezeiten zwischen dem Ende der Unterbrechung des Vorbereitungsdienstes beispielsweise aufgrund von Mutterschutz oder Elternzeit und der Wiedereingliederung in die Ausbildungszyklen des Vorbereitungsdienstes erfasst, benachteiligt die Neuregelung Rechtsreferendar*innen mit Kindern ganz erheblich und steht in krassem Widerspruch zu dem erklärten Ziel ein „Familienfreundliches Thüringen“ zu schaffen. Gerade jungen Eltern sollte im Vorbereitungsdienst eine Wiedereingliederungsphase nach Elternzeit und Mutterschutz geboten werden, wie sie beispielsweise auch § 167 Abs. 2 SGB IX nach längerer Arbeitsunfähigkeit vorsieht. Es kann wahrlich keine Rede davon sein, dass in diesen Fällen „der Ausbildungszweck in den Hintergrund tritt“. Das Unterlassen einer solchen Wiedereingliederung und das Belasten mit zusätzlichen Aufgaben stellt keine Vermeidung ungerechtfertigter Vorteile gegenüber anderen Rechtsreferendar*innen dar, sondern eine diskriminierende Behandlung aller jungen Eltern im Vorbereitungsdienst. Dass die vermeintliche Vermeidung ungerechtfertigter Vorteile keinen tragenden Grund für § 7 Abs. 5 ThürJAG n. F. darstellt, räumt die Regierungsbegründung letztlich selbst ein als sie es für „denkbar“ hält, Rechtsreferendar*innen in dieser „Wartephase“ zum Sitzungsdienst als Vertreter der Anwaltschaft einzuteilen. Denn Anwälte nehmen nach § 142 GVG das Amt der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten wahr, sodass es sich de facto um eine Einteilung in den Sitzungsdienst der Staatsanwaltschaft handelt, die nach der Regierungsbegründung doch eigentlich gerade vermieden werden sollte, weil sich daraus vermeintlich Ausbildungsvorteile ergeben würden.

3. Zu § 9 Abs. 3 ThürJAG:

Eine Notwendigkeit für die Neuregelung in § 9 Abs. 3 ThürJAG n. F. besteht nicht. Zwar mag die Rücknahme oder anderweitige Erledigung des Widerspruchs bisher mangels ausdrücklicher Ermächtigung keine Kostenerhebung zulassen. Dies ist jedoch aus gutem Grund der Fall. Die Neuregelung in § 9 Abs. 3 ThürJAG n. F. dient allein dazu, Rechtsreferendar*innen bereits im Vorfeld von der ihnen gesetzlich zugesicherten Möglichkeit zur Überprüfung des Prüfungsverfahrens abzuhalten.

Anschrift	Kontakt	Vorstand
c/o Landgericht Erfurt Gerichtsfach 24 Domplatz 37	info@thuerref.de www.thuerref.de	(Vorstandsvorsitzende) (Schatzmeisterin)
99084 Erfurt	Amtsgericht Erfurt	

Darüber hinaus erscheint es ebenfalls unbillig, Rechtsreferendar*innen – wie im Regierungsentwurf vorgesehen – die Teilnahme am Notenverbesserungsversuch künftig nur noch „gegen Vorkasse“ zu ermöglichen. Rechtsreferendar*innen sind, wie oben ausführlich dargelegt, ohnehin finanziell nur sehr schlecht ausgestattet und werden durch die Neuregelung in einem Ausbildungsstadium, das keine finanziellen Spielräume zulässt, zusätzlich belastet, obwohl der Teil des Prüfungsverfahrens, der in Gestalt der Korrekturen Kosten verursacht, erst nach dem Abfassen der schriftlichen Prüfungen liegt. Dabei sollte gerade auch dem ausbildenden Bundesland daran gelegen sein, Bewerber*innen mit einem möglichst guten Abschluss hervorzubringen.

Für Ihre Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

für den Vorstand des Thüringer Rechtsreferendarvereins e. V.

Anschrift	Kontakt	Vorstand
c/o Landgericht Erfurt Gerichtsfach 24 Domplatz 37	info@thuerref.de www.thuerref.de	(Vorstandsvorsitzende) (Schatzmeisterin)
99084 Erfurt	Amtsgericht Erfurt	

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Justizprüfungsamt

Thüringer Richterbund

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringer Rechtsreferendarverein e.V.

Deutscher Anwaltsverein, Landesverband Thüringen

Rechtsanwaltskammer Thüringen

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Novellierung des Thüringer Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz -ThürJAG-);											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz - Präsident des Justizprüfungsamts -</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>990462, Erfurt</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz - Präsident des Justizprüfungsamts -	Geschäfts- oder Dienstadresse				990462, Erfurt	
Name	Organisationsform										
	Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz - Präsident des Justizprüfungsamts -										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
990462, Erfurt											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

Postleitzahl, Ort	
-------------------	--

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)
	Verwaltung im öffentlichen Dienst, Juristenausbildung, Fortbildung,
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)
	Erläuterung und Beschreibung des Verfahrens elektronischer Aufsichtsarbeiten, Stellungnahme zum Beschäftigungsstatus der Rechtsreferendare, Erläuterung und Beschreibung des Notenverbesserungsverfahrens, Darlegungen zu einschlägigen Gesetzgebungsverfahren anderer Länder,
5	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!
7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)

<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
-----------------------------	------------------------------------------

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 19. Mai 2022	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz –ThürJAG-) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4753 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Richtbund</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Kund gericht E. J. A.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Jur. Jaguin - Mü. 1257/1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 E. J. A.</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Richtbund		Geschäfts- oder Dienstadresse	Kund gericht E. J. A.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jur. Jaguin - Mü. 1257/1	Postleitzahl, Ort	99084 E. J. A.
Name	Organisationsform										
Thüringer Richtbund											
Geschäfts- oder Dienstadresse	Kund gericht E. J. A.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jur. Jaguin - Mü. 1257/1										
Postleitzahl, Ort	99084 E. J. A.										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Erschwerung des Wiedererfüllung der Verkehrshin g	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11. Mai 2022	

THÜR. LANDTAG POST
19.05.2022 11:09

12853/2022

Thüringer Richterbund Juri-Gagarin-Ring 105-107 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Betreff: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der GO
Hier: ThürJAG-Entwurf

17. Mai 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich die Stellungnahme des Thüringer Richterbundes.

Mit freundlichen Grüßen

Thüringer Richterbund – Verband
der Richter und Staatsanwälte im
Deutschen Richterbund e.V.
c/o Landgericht Erfurt

Juri-Gagarin-Ring 19 05-10799084 Erfurt

Mail: info@thueringer-richterbund.de

www.thueringer-richterbund.de

Vorsitzender

Thüringer Richterbund

Stellungnahme zum Entwurf ThürJAG

Das Hauptmanko des Gesetzesentwurfs stellt die nicht erfolgte (Wieder) Verbeamtung der Rechtsreferendare dar.

Der Thüringer Richterbund hatte seinerzeit sich bereits vehement gegen die Abschaffung der Verbeamtung ausgesprochen. Die Verbeamtung war damals ein Alleinstellungsmerkmal Thüringens.

Es sind alle Nachteile eingetreten, die damals vorgebracht worden waren.

Die Zahlen der Bewerber für den Referendardienst sind dramatisch eingebrochen und haben sich bis heute nicht wieder erholt.

So ist es der Thüringer Justiz kaum möglich, die im Hinblick auf die Pensionierungswelle erforderlichen Neueinstellungen aus „Landeskindern“ zu rekrutieren.

Andere Bundesländer haben die Verbeamtung nach deren Abschaffung wieder eingeführt, was dort zu steigenden Referendarzahlen geführt hat.

Zu den aufgeworfenen Fragen ergänzend:

1. Die Einführung eines digitalen Prüfungsformats ist zu begrüßen. Sie würde zu einer erheblichen Vereinfachung des Prüfungsablaufs führen. Voraussetzung ist dabei die Wahrung der Datensicherheit.
2. Die elektronische Erbringung müsste über vom Prüfungsamt gestellte Geräte erfolgen, damit Einflussmöglichkeiten von außen ausgeschlossen sind.
3. Eine Notenverbesserung war bislang schon kostenpflichtig; im Hinblick auf den nicht erheblichen finanziellen Aufwand einer Notenverbesserung für das Prüfungsamt erscheint eine angemessene Beteiligung des Kandidaten/der Kandidatin vertretbar.
4. nein
5. Voraussetzung für das Absolvieren eines Rechtsreferendariats ist das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung; damit ist eine ausreichende fachliche Eignung gegeben.
6. keine Stellungnahme
7. Eine ganz wesentliche Steigerung der Attraktivität des Vorbereitungsdienstes wäre die Wiedereinführung der Verbeamtung verbunden mit einer Steigerung der Vergütung.
8. Wie bereits ausgeführt haben zahlreiche Bundesländer zur Steigerung der Attraktivität die Verbeamtung wieder eingeführt.

9. Einer Aufnahme in das Gesetz bedarf es nicht. Die verpflichtende Teilnahme am Klausurenkurs führt zu einer verbesserten Leistungsfähigkeit; wünschenswert wäre eine verpflichtende Teilnahme an den Besprechungen.

10. Wie bereits ausgeführt, ist eine Wiederverbeamtung der Rechtsreferendare das Gebot der Stunde.

14.11.2022

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz –ThürJAG-) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4753 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 · 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband (§§ 126, 127 ThürKO i.V.m. Art. 91 Abs. 4 ThürVerf)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- digitales Prüfungsformat grds. begrüßenswert - techn. und zeitl. Gleichstellung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, d. 2.6.22	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz –ThürJAG-) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4753 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechtsreferendariatsverein</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>LG Erfurt Gerichtsfach 24, Juni-Gargentin-Platz 165-167 99107 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gerichtsfach 24</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99107 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechtsreferendariatsverein	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	LG Erfurt Gerichtsfach 24, Juni-Gargentin-Platz 165-167 99107 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gerichtsfach 24	Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Rechtsreferendariatsverein	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	LG Erfurt Gerichtsfach 24, Juni-Gargentin-Platz 165-167 99107 Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gerichtsfach 24										
Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Referendariat; juristische Ausbildung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zur Einführung des digitalen Examen Vorschlag zur Wiedereinführung des Vorkurses Attraktivitätssteigerung durch Fahrtkostenübernahme / Wohnkostenübernahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

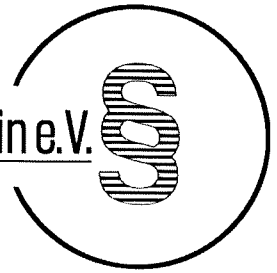
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Elfwitz, den 10.5.22	

THÜR. LANDTAG POST
20.05.2022 12:35
1301612022

Thüringer
Rechtsreferendarverein e.V.
www.thuerref.de



Thüringer Rechtsreferendarverein e.V.
c/o LG Erfurt · Gerichtsfach 24 · Domplatz 37 · 99084 Erfurt

Thüringer Lantag
Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

20.05.2022

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung
des Thüringer Landtags
Hier: Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen dem gegenständlichen Gesetzesentwurf grundsätzlich
aufgeschlossen gegenüber. Wir verweisen insofern auf die anliegende
Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Thüringer Rechtsreferendarverein
Vorstand

Anschrift	Kontakt
c/o Landgericht Erfurt	info@thuerref.de
Gerichtsfach 24	www.thuerref.de
Domplatz 37	

99084 Erfurt

Frage 1: Die Einführung eines digitalen Prüfungsformats bewerten wir als sehr positiv. Für sehr wichtig halten wir in diesem Rahmen aber die transparente Regelung von technischem Versagen, da dies eine der hauptsächlichen Sorgen der Kandidat*innen ist. Vertrauensfördernd wäre insofern beispielsweise eine doppelte Speicherung der Klausuren.

Frage 2: Durch das Stellen von entsprechend vorbereiteten Laptops sowie durch Beibehaltung des bisherigen Verfahrens (beaufsichtigte Fertigung der Arbeiten).

Frage 3: Grundsätzlich könnte von einer hohen Gebühr eine eventuell abschreckende Wirkung bei nur geringer Verbesserungsaussicht ausgehen. Gegen eine solche Gebühr spricht, dass sie schlussendlich eine Benachteiligung finanziell schwacher Referendar*innen darstellt und eine zusätzliche Hürde für die Beendigung einer langjährigen Ausbildung mit möglichst gutem Ergebnis.

Frage 4: Wünschenswert wäre eine Wiedereinführung der Verbeamtung von Rechtsreferendar*innen. Darüber hinaus sollte eine Rechtsgrundlage für eine Fahrtkostenübernahme/ -zuschuss vom Wohnort zur Arbeitsgemeinschaft und Einzelausbildung geschaffen werden.

Frage 5/6: Um den Standort Thüringen für potenzielle Referendar*innen attraktiver zu gestalten haben wir folgende Vorschläge: Zunächst wäre eine hohe Transparenz hinsichtlich der Zuteilung zu den einzelnen Stammdienststellen wünschenswert. In diesem Zusammenhang könnte eine Belohnung von guten Noten stattfinden, indem bei hohen Punktzahlen Ortswünsche primär berücksichtigt werden. Zusätzlich sollten in den Entscheidungsprozess Soft Skills miteinbezogen werden und dementsprechend in der Bewerbung auch gezielt abgefragt werden. Wir verweisen zudem auf die Beantwortung von Frage 7.

Frage 7: Die Erhöhung der Attraktivität des Standorts Thüringen ist sehr wichtig. Häufig werden Referendar*innen in Thüringen lediglich durch persönliche Bindungen gehalten und nehmen die Ausbildung in Thüringen „in Kauf“. Konkret von Vorteil wäre die Wiedereinführung der Verbeamtung oder wenigstens eine merkliche Erhöhung der Bezüge. Soweit eine Ausbildung an abgelegenen Standorten wie Mühlhausen unumgänglich ist, müssen hierfür die Fahrtkosten übernommen werden, und zwar sowohl zur Arbeitsgemeinschaft als auch zur Einzelausbildung. Ein Umzug kommt für die Referendar*innen nicht nur oft nicht in Betracht, sondern ist oft auch nicht sinnvoll, da beispielsweise die Verwaltungsstation oft vollständig in Weimar stattfindet. Um Fahrtzeit zu sparen und der von Referendar*innen geforderten Flexibilität entgegenzukommen, erscheint auch die Einführung von Online-Klausurenkursbesprechungen sinnvoll ebenso wie eine Online-Korrektur (z. B. direkt im PDF) und eine Rücksendung per Mail. Standorte wie Mühlhausen

Anschrift

c/o Landgericht Erfurt
Gerichtsfach 24
Domplatz 37

Kontakt

info@thueref.de
www.thueref.de

könnten durch zusätzliche Angebote attraktiver gestaltet werden. Solche Angebote würden einen Ausgleich zum erhöhten Fahrtaufwand darstellen. Äußerst wichtig erscheint die Einführung von verpflichtenden Evaluationsbögen sowohl für die Arbeitsgemeinschaft als auch für die Einzelausbildung. Hier gibt es große Qualitätsunterschiede, ebenso wie bei dem zur Verfügung gestellten Lernmaterial. Auch hier wäre eine Angleichung zwischen den Stammdienststellen sinnvoll. Schlussendlich wäre es von Vorteil, Zusatzangebote, wie beispielsweise Blockveranstaltungen zur Wiederholung des materiellen Rechts etc., stärker auszubauen und zuverlässiger darüber zu informieren.

Frage 8: Positiv zu bewerten ist insbesondere, dass die Umstellung auf Online-Formate in Thüringen gut funktioniert und auch häufig durchgeführt wird. Auch ILIAS funktioniert als digitale Plattform sehr gut.

Frage 10: Eine Wiedereinführung der Verbeamtung von Referendar*innen bewerten wir als sehr positiv. Hierdurch würde der Standort Thüringen viel attraktiver werden, nicht zuletzt auch durch erhöhte Bezüge. Mehrkosten würden durch eine potenziell größere Auswahl an qualifizierten Bewerber*innen und gesteigerte Arbeitsmotivation ausgeglichen werden.

Anschrift

c/o Landgericht Erfurt
Gerichtsfach 24
Domplatz 37

Kontakt

info@thuerref.de
www.thuerref.de

99084 Erfurt

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz - ThürJAG, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/4753)											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Anwaltsverein, Landesverband Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Magdeburger Allee 4</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Anwaltsverein, Landesverband Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Magdeburger Allee 4	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Anwaltsverein, Landesverband Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Magdeburger Allee 4									
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetzentwurf ThürJAG											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Rechtsanwaltskammer Thüringen</td> <td>KdöR.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bahnhofstr. 46</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Rechtsanwaltskammer Thüringen	KdöR.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 46	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Rechtsanwaltskammer Thüringen	KdöR.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 46										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vergl. § 73 BRAO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief/Fax	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20.05.2022	



THÜR. LANDTAG POST
20.05.2022 13:49

Rechtsanwaltskammer Thüringen · Telefon (0361) 43030-100 · Fax (0361) 43030-101

Rechtsanwaltskammer Thüringen

13030/2022

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ansprechpartner

Ihr Aktenzeichen

Unser Aktenzeichen

Datum
20.05.2022

Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (ThürJAG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bedanke ich mich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz - ThürJAG)

Die vom Ausschuss aufgeworfenen Fragestellungen beantworte und kommentiere ich für die Rechtsanwaltskammer Thüringen nachstehend, soweit dies hier möglich ist, wie folgt:

1. Wie ist die Einführung eines digitalen Prüfungsformats zu bewerten? Was sind die Vor- und Nachteile?

Aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen wäre die Einführung digitaler Prüfungsformate zu begrüßen. Die Möglichkeiten, eine Prüfung in digitaler Form abzunehmen, entsprechen den heutigen Erwartungen an moderne Abläufe. Zu berücksichtigen ist dabei natürlich, dass entsprechend hohe Anforderungen an die Datensicherheit und die Verhinderung von Manipulationsversuchen gestellt werden müssen.

Der zweifelsohne bestehende Vorteil der Erbringung von Prüfungsleistungen am PC, besteht natürlich darin, dass damit eine Erleichterung für die Prüfer im Hinblick auf die Lesbarkeit eintreten wird. Wesentliche Nachteile werden hier nicht gesehen.



TLT/7735/22/1

2. Wie lässt sich bei digital erbachten Klausuren die unverfälschte Leistungsqualität sicherstellen?

Aus Sicht Rechtsanwaltskammer Thüringen ist dies eine technische Fragestellung, die nichts mit der juristischen Bewertung zu tun hat. Die Auswahl und Zurverfügungstellung der für die Erbringung der Klausuren erforderlichen technischen Ausrüstung (PC, Laptop, Tablet o.ä.), die die entsprechenden Sicherheitsmerkmale aufweist und insbesondere keinen Zugriff auf unzulässige Materialien oder sonstige Hilfestellungen ermöglicht, wären aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen durch den Freistaat zur Verfügung zu stellen. Die Erbringung der Prüfungsleistung sollte demzufolge gleichwohl „vor Ort“ erfolgen und nicht etwa dezentral. Die Prüfungssituation muss bei der Erbringung von digitalen Klausuren mit der bisherigen vergleichbar sein.

3. Was spricht für und was spricht gegen die in § 9 Abs. 3 der Neufassung vorgesehene Gebührenpflicht für Verbesserungsversuche?

Für eine derartige Gebührenpflicht spricht sicherlich, dass es sich bei einem echten Verbesserungsversuch letztlich um ein freiwilliges Angebot handelt, welches für den Abschluss und die Erlangung einer entsprechenden Berufsqualifikation als Volljurist nach dem Deutschen Richtergesetz nicht zwingend ist und es eines solchen Verbesserungsversuches eigentlich nicht bedarf. Bei der Erhebung einer Gebühr wird der Prüfling möglicherweise stärker angehalten selbst zu reflektieren, ob er die Verbesserung für wahrscheinlich und notwendig erachtet. Die Anzahl der einzig „aufs Glück“-Vertrauenden, die sich nicht besonders auf die Nachprüfung vorbereiten, wird abnehmen.

Gegen die Erhebung von Gebühren hierfür spricht aber, dass die Möglichkeiten für eine Durchführung eines Verbesserungsversuches ohne zusätzliche Kosten für den Assessor ein Standortvorteil für den Freistaat darstellen kann. Vor diesem Hintergrund spricht sich die Rechtsanwaltskammer Thüringen gegen eine solche Vergütungspflicht aus.

4. - Nicht belegt -

5. Wie lassen sich für die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für den juristischen Vorbereitungsdienst in Thüringen die Erfordernisse aus dem für den öffentlichen Dienst geltenden Prinzip der persönlichen und fachlichen Eignung und die Anforderungen an die praktische Umsetzung des Grundrechts auf freie Berufswahl - Stichwort: Detailliertere gesetzliche Einstellungskriterien zur Frage der Eignung - möglichst sinnvoll miteinander vereinbaren?

6. Mit welchen zusätzlichen anderweitigen als im Gesetzentwurf genannten Maßnahmen könnte ein möglichst hohes Qualitätsniveau hinsichtlich der Geeignetheit der Bewerberinnen und Bewerber für den juristischen Vorbereitungsdienst in Thüringen sichergestellt werden?

Aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen sind Eingriffe in die Freiheit der Berufswahl so gering wie möglich zu halten. Das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung an einer Universität schafft grundsätzlich die Voraussetzungen für die Zulassung zum Referendardienst.

Die Frage der Geeignetheit der Bewerber ist aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen auf die geringstmöglichen Zugangshürden zu beschränken. Insofern dürfen aus unserer Sicht allenfalls solche Zugangshürden bestehen, die allgemein für den Zugang zum öffentlichen Dienst/dem Beamtenstatus gelten.

Die Frage der Ausbildungsqualität stellt sich nicht erst im Bereich des Zugangs zur Referendarausbildung, sondern aus unserer Sicht bereits vorher, nämlich im Bereich der universitären Ausbildung und der dort erlangten Abschlüsse.

Hier zeigt sich unseres Erachtens ein deutlich unterschiedliches Niveau der Justizausbildungs- und Prüfungsordnungen der einzelnen Bundesländer und insbesondere auch der Möglichkeiten zur Schwerpunktbildung und der Gewichtung dieser Schwerpunktbereiche. Nach unserer Auffassung kann eine verstärkte Berücksichtigung von Schwerpunktbereichen zu einer Qualitätssteigerung aufgrund der gegebenen Vertiefung führen.

Im Hinblick auf den Zugang zum Referendardienst sollten die Zugangshürden allerdings - wie ausgeführt - unter dem Blickwinkel des Art. 12 GG, so gering wie möglich gehalten sein.

7. Inwiefern sind Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des juristischen Vorbereitungsdienstes notwendig, um die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber dafür in Thüringen zu erhöhen? Welche konkreten Maßnahmen wären dazu sinnvoll?

Aus Sicht der Rechtsanwaltskammer Thüringen ist ein wesentlicher Standortvorteil, den die Referendarausbildung im Freistaat Thüringen genossen hatte, durch die Beendigung der Verbeamtung der Referendare auf Zeit eingetreten. Dies korrespondiert mit der Beantwortung der Frage 10. Die Rechtsanwaltskammer Thüringen ist der Auffassung, dass die Wiedereinführung der Verbeamtung der Referendare unbedingt erforderlich ist, um die Attraktivität des Standortes Thüringen als Ausbildungsstandort für Referendarinnen und Referendare zu erhöhen. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern ist die Tendenz zu beobachten, dass über die Wiedereinführung der Verbeamtung der Referendarinnen und Referendare für die Dauer der Ausbildung bis hin zum zweiten Staatsexamen nachgedacht und dies zum Teil auch umgesetzt (M-V) wird. Für die Referendare, die später in den Staatsdienst wechseln bestehen Vorteile in der Stärkung der Altersversorgung, da sie keine wegen Verfehlung der 60 Beitragsmonate verfallbaren Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung begründen. Außerdem hat die Erfahrung gezeigt, dass die Verbeamtung auf Zeit als familienfreundlich empfunden wird und damit auch Referendare anspricht, die sich während des Vorbereitungsdienstes stärker mit dem Standort verwurzeln und deshalb auch nach dem Vorbereitungsdienst in Thüringen verbleiben.

Hier setzt sich die Rechtsanwaltskammer Thüringen dringlich dafür ein, dass diese Verbeamtung in das Gesetz (wieder) aufgenommen wird.

Darüber hinaus ist die grundsätzlich erleichterte Möglichkeit einer Nebentätigkeitsgenehmigung für Referendarinnen und Referendare in den Blick zu nehmen.

Die Erfahrungsberichte aus anderen Bundesländern machen deutlich, dass ein Ausbildungsstandort auch deshalb attraktiv ist, weil Referendarinnen und Referendare während der Referendarzeit bereits in Nebentätigkeiten tätig sein können, damit einerseits weitere praktische Erfahrungen sammeln, die sich auf die Qualität der Ergebnisse positiv auswirkt, und andererseits im Hinblick auf die als deutlich zu gering empfundene Vergütung (egal ob Ausbildungsbeihilfe oder Besoldung) positive Nebeneffekte für die Referendarinnen und Referendare hat. Hinzu kommt, dass das so verdiente Geld im Regelfall auch in Thüringen wieder ausgegeben wird und daher weitere positive Nebeneffekte damit verbunden wären.

Druckversion

Druckversion
Druckversion

Druckversion
Druckversion

Zu berücksichtigen ist dabei natürlich, dass im Hinblick auf die Dauer der für die Nebentätigkeit aufzuwendenden Zeiten, das Ausbildungsziel nicht in den Hintergrund tritt. Grundsätzlich ist nach unserer Einschätzung die Handhabung der Nebentätigkeitspraxis in Thüringen bislang deutlich zu restriktiv, zumal zu berücksichtigen ist, dass auch die attraktiven Stellen für eine Nebentätigkeit in Thüringen eher rar gesät sind. Kommt dies mit einer restriktiven Handhabung von Nebentätigkeitsgenehmigungen zusammen, ist dies für die Attraktivität des Standortes Thüringen als Referendarausbildungsstelle nicht hilfreich.

Auch würde es helfen die wirtschaftliche Situation der Referendare zu verbessern.

8. -Nicht belegt -

9. - Nicht belegt -

10. Wie bewerten Sie im Zuge einer Reform der rechtlichen Grundlagen der Justizausbildung den Vorschlag einer Wiedereinführung der Verbeamtung auf Zeit für Rechtsreferendare während der Ausbildung?

Wie bereits zuvor festgehalten, befürwortet die Rechtsanwaltskammer Thüringen unbedingt die Wiedereinführung der Verbeamtung auf Zeit für Rechtsreferendare während der Ausbildung. Dieser erhebliche Standortvorteil wird dazu führen, dass sich die Referendanzahlen wieder erhöhen, was in der weiteren Folge zwangsläufig auch dazu führen wird, dass mehr Thüringer Absolventen für den hiesigen juristischen Markt zur Verfügung stehen und damit auch Nachwuchsschwierigkeiten im Bereich der Thüringer Justiz, der Verwaltung und der Anwaltschaft entgegengewirkt werden kann.

Im Hinblick auf die einzelnen gesetzlichen Regelungen sind aus unserer Sicht aktuell weitere Anmerkungen nicht veranlasst.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident

Beauftragte

Beauftragte

Beauftragte

Beauftragte

Beauftragte

Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?															
Thüringer Familienausbildungsgesetz															
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)														
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterkandidaten</td> <td>G. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>c/o Verwaltungsgericht</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Jenaer Str. 2a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterkandidaten	G. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Verwaltungsgericht	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Str. 2a	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar				
Name	Organisationsform														
Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterkandidaten	G. V.														
Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Verwaltungsgericht														
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Str. 2a														
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar														
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)														
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <table border="1"> <tr> <td> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<table border="1"> <tr> <td> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname														
<table border="1"> <tr> <td> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort							
Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse														
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)															
Straße, Hausnummer															
Postleitzahl, Ort															

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verhütung der Interessen der Verwaltungs- widersprechen = 1 Verwaltungswichter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Rechtsreferendare sollten zu Beamten auf Widerstand ernannt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wien, 20. Mai 2024	

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Thüringer Verwaltungsrichterverein
c/o VG Weimar ■ Jenaer Str. 2 a ■ 99425 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
23.05.2022 07:57

13050122

Verwaltungsgericht Weimar
Jenaer Straße 2 a
99425 Weimar

20. Mai 2022

**Entwurf eines Thüringer Gesetzes über die über die juristischen Staatsprüfungen und
den juristischen Vorbereitungsdienst (Thüringer Juristenausbildungsgesetz -
ThürJAG-), Drs. 7/4753**

Ihr Zeichen Drs. 7/4753, Ihr Schreiben vom 18. März 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zu dem genannten Gesetzentwurf (im folgenden ThürJAG-E). Diese Stellungnahme wird im Namen des Thüringer Richterbundes, des Verbands der Sozialrichterinnen und Sozialrichter Thüringens, des Verband der Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter Thüringens, des Bunds Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter – Landesverband Thüringen und der Neuem Richtervereinigung – Landesverband Thüringen abgegeben. Im Aufbau orientiert sich die Stellungnahme an den in Ihrem Schreiben aufgeworfenen Fragen.

1. Elektronisches Prüfungsverfahren (zu Frage 1 und 2)

Die Digitalisierung in der Justiz und in der öffentlichen Verwaltung ist längst eine Realität, der sich auch der Studien- und Prüfungsbetrieb nicht verschließen kann. Deshalb stellt die Einführung der digitalen Prüfung in der Justizausbildung einen folgerichtigen Schritt dar.

Die Einzelheiten der digitalen Prüfung werden im Entwurf noch nicht geregelt. § 9 Abs. 1 Nr. 9 und 10 ThürJAG-E stellen Verordnungsermächtigungen dar, die auf der Gesetzgebungs-ermächtigung in § 5d Abs. 6 Satz 2 DRiG aufbauen. Wie die Regelungen ausgestaltet werden sollen, wird von den technischen und finanziellen Möglichkeiten abhängen und der weiteren Diskussion bedürfen.

Grundsätzlich sehen wir keine Nachteile bei der digitalen Prüfung. Ohne Zweifel wird es zu erheblichen Veränderungen im Prüfungsablauf kommen, für die wir die künftigen Juristengenerationen in ihrem technischen Verständnis und dem mittlerweile alltäglichen Umgang mit

den neuen Medien gerüstet sehen. Aus unserer Sicht wird der erste Schritt die Anfertigung der Prüfungsarbeiten durch die Eingabe in ein digitales Endgerät sein. Ob gleichzeitig die bisherige handschriftliche Fertigung möglich bleiben soll und wie die erheblichen Unterschiede in den Fertigungsmethoden (insbesondere der unter Umständen erhebliche Zeitgewinn bei der Eingabe über eine Tastatur) auszugleichen sein werden, wird noch zu diskutieren sein. Jedenfalls wird der prüfungsrechtliche Grundsatz der Gleichheit der äußeren Prüfungsbedingungen zu beachten sein. Auch wird es bis auf weiteres bei der Durchführung der Prüfungen in Form von Präsenzveranstaltungen bleiben müssen. Das Deutsche Richtergesetz geht ersichtlich weiterhin von „Aufsichtsarbeiten“ aus (vgl. § 5d Abs. 3 Satz 2 DRiG), so dass die Fertigung der Arbeiten der ständigen Kontrolle durch eine Aufsichtsperson bedarf. Dieses Kontrollerfordernis dürfte eine dezentrale Anfertigung der Klausuren (z. B. am heimischen IT-Arbeitsplatz) ebenso ausschließen wie die Benutzung des eigenen mobilen Endgeräts. Wir gehen allerdings davon aus, dass sich der Prüfungsablauf zukünftig entsprechend der weiteren technischen Entwicklung immer wieder verändern wird.

2. Gebührenerhebung (zu Frage 3)

Grundsätzlich dienen Gebühren dazu, den Bürger an den Verwaltungskosten für Leistungen, die im Interesse des jeweiligen Bürgers erbracht werden, zu beteiligen. Die Entscheidung, ob und welche Gebühren erhoben werden sollten, wird deshalb die Frage in den Blick zu nehmen haben, welchem Interesse die jeweilige Amtshandlung dient.

Grundsätzlich gilt, dass die beruflichen Aussichten von jungen Juristinnen und Juristen erster Linie durch das Examensergebnis bestimmt werden. Die Notenverbesserung dient deshalb in erster Linie dem Interesse des jeweiligen Prüflings, durch einen zweiten Prüfungsversuch die beruflichen Aussichten zu verbessern.

Allerdings ist daneben ein öffentliches Interesse an gut ausgebildeten Juristen zu sehen, die nach dem Staatsexamen für eine Tätigkeit in der Justiz oder der öffentlichen Verwaltung in Thüringen zur Verfügung stehen könnten. Hierfür ist es ebenfalls wichtig, dass die Qualität der Ausbildung und der erreichte Kenntnisstand durch ein möglichst gutes Examensergebnis belegt werden kann. Die Möglichkeit der Wiederholung der Prüfung zur Notenverbesserung kann ein größeres Maß an objektiver Aussagekraft gewährleisten. Ist diese Möglichkeit mit einer Gebührenerhebung verbunden, könnte dies eine abschreckende Wirkung haben und die juristische Ausbildung in Thüringen weniger attraktiv machen. Außerdem stellt sich die Frage, ob die zu erzielenden Gebühren eine Höhe erreichen werden, die den Verwaltungsaufwand der Gebührenerhebung und die Inkaufnahme der erwähnten abschreckenden Wirkung rechtfertigen. Diese Erwägungen sprechen dafür, auf die Gebührenerhebung zu verzichten.

3. Regelungsinhalt eines Justizausbildungsgesetzes (zu Frage 4, auch zu Frage 8 und 9)

Generell fällt auf, dass der vorliegende Entwurf auf inhaltliche Regelungen zum Ablauf des Studiums, des Vorbereitungsdienstes und der Prüfungen fast völlig verzichtet und diese Re-

gelungen in die Hand des Ordnungsgebers und damit der Exekutive legt. Demgegenüber sind andere Bundesländer den Weg gegangen, die Einzelheiten durch die Legislative im Gesetz selbst zu regeln. Als Beispiel sei auf das Juristenausbildungsgesetz des Landes Hessen hingewiesen.

Zwar ist aus unserer Sicht die in vorliegenden Gesetzentwurf gewählte Lösung über die Verordnungsermächtigung rechtlich zulässig. Wir halten es aber für vorzugswürdig, die Regelung der für die Qualität der Rechtsprechung in Thüringen wichtigen Materie der Juristenausbildung in die Hand der Legislative zu geben, und sehen deshalb die Abgeordneten des Thüringer Landtags in der Pflicht, mehr als eine weitgehend inhaltslose Verordnungsermächtigung zu erlassen.

Der Weg über eine Verordnungsermächtigung hat zwar den Vorteil, dass schneller auf zukünftige Veränderungen reagiert werden kann. Allerdings hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Änderungen der Justizbildungs- und -prüfungsordnung eher selten erforderlich waren. Dabei wird es nach unserer Einschätzung auch zukünftig bleiben. Deshalb könnte es ausreichen, die Verordnungsermächtigung auf die Punkte zu beschränken, bei denen in Zukunft mit Veränderungen zu rechnen ist – zum Beispiel bei den digitalen Prüfungen aufgrund der technischen Entwicklung (siehe oben zu 1.). Die Hauptregelungen hingegen sollten im Gesetz selbst enthalten sein.

4. Persönliche Eignung zum Vorbereitungsdienst (zu Frage 5 und 6)

Der Sicherstellung einer persönlichen und fachlichen Eignung der Referendarinnen und Referendare kommt eine zentrale Bedeutung zu. Hinsichtlich der fachlichen Eignung wird über das Bestehen der ersten Staatsprüfung als Voraussetzung (vgl. § 7 Abs. 1 Satz 1 ThürJAG-E) nicht hinausgegangen werden können. Strengere Anforderungen können im Hinblick auf den Ausbildungscharakter des Vorbereitungsdienstes nicht gestellt werden.

Die Regelungen zur persönlichen Eignung in § 7 Abs. 2 ThürJAG-E halten wir allerdings für unzureichend. Da im Vorbereitungsdienst gerade bei der Tätigkeit im Bereich der Staatsanwaltschaft hoheitliche Aufgaben wahrgenommen werden, bedarf es grundsätzlich der gleichen persönlichen Eignung wie bei Beamten. Deshalb ist es verfehlt, dass der Gesetzentwurf keine Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf vorsieht, sondern generell nur ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis begründet (§ 7 Abs. 1 Satz 3 ThürJAG-E).

Bei der Berufung in ein Beamtenverhältnis würden die beamtenrechtlichen Anforderungen uneingeschränkt gelten. Gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 2 BeamStG kann in ein Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Auch Referendarinnen oder Referendar müssten sich dann gemäß § 33 Abs. 1 Satz 3 BeamStG durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten (vgl. OVG Weimar, Beschluss vom 18.12.2020, 2 EO 727/20, Juris-Rdnr. 27). Nur ausnahmsweise kann wegen des Ausbildungsmonopols des Staates ein herabgestufter Maßstab gelten, der eine Zulassung zum Vorbereitungsdienst – nur – an die Voraussetzung knüpft, sich nicht gegen die freiheitliche demokratische Grund-

ordnung im Sinne des Grundgesetzes zu betätigen. In diesem Ausnahmefall kann der Vorbereitungsdienst dann auch nur in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis absolviert werden (vgl. die Regelungsstruktur in § 15 Abs. 3 ThürLaufbG).

Die Regelung in § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 ThürJAG-E kehrt dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis um. Statt grundsätzlich das aktive Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung als Voraussetzung zu verlangen, wird die Ausnahme des bloßen passiven Nichtbetätigens gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zum Regelfall gemacht. Für dieses Zurückweichen des Gesetzgebers von dem Erfordernis des Eintretens für die freiheitlich demokratische Grundordnung fehlt uns jedes Verständnis. Der Thüringer Landtag sollte hier ein klares Bekenntnis zum Schutz des hochrangigen Verfassungsgutes der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege abgeben. Wer nicht die Gewähr des Eintretens für die freiheitliche demokratische Grundordnung bietet, soll nur ganz ausnahmsweise in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden können.

Dieser Ausnahmefall sollte überdies bereits im Gesetz weiter ausgestaltet werden. Es ist in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung anerkannt, dass bei Referendarinnen oder Referendaren, die nicht die Gewähr des Eintretens für die freiheitliche demokratische Grundordnung bieten, und deshalb – nur – in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis aufgenommen werden können, der Vorbereitungsdienst durch Auflagen beschränkt werden kann (Verfassungsgerichtshof des Freistaats Sachsen, Beschluss vom 04.11.2021, Vf. 96-IV-21 e.A., Juris-Rdnr. 14). Als Auflage kommt zum Beispiel der Ausschluss von Teilen der praktischen Ausbildung wie der Teilnahme an staatsanwaltschaftlichen Sitzungsdienst in Betracht. Der Zulässigkeit solcher Auflagen sollte im Gesetz ausdrücklich geregelt werden.

Angemerkt sei an dieser Stelle, dass wir davon ausgehen, dass die Frage 10 nach der Wiedereinführung der Verbeamtung auf Zeit auf die hier erörterte Verbeamtung auf Widerruf zielt. Das Beamtenverhältnis auf Zeit ist ein Sonderfall, der nach unserer Auffassung als Rechtsstellung der Referendarinnen und Referendare nicht in Betracht kommt.

5. Attraktivität des Vorbereitungsdienstes (zu Frage 7)

Die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf würde auch die Attraktivität des Vorbereitungsdienstes in Thüringen erhöhen, weil dies für die Referendarinnen und Referendare zu einer besoldungsrechtlich verbesserten Situation führt.

Bis zum 23. März 2016 wurden Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zu Beamten auf Widerruf ernannt. Durch das Thüringer Gesetz zur Änderung der Rechtsverhältnisse im juristischen Vorbereitungsdienst wurde dies geändert und seitdem erfolgt der juristische Vorbereitungsdienst als öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis.

Die Thüringer Richterverbände hatten in der Anhörung zu dem Thüringer Gesetz zur Änderung der Rechtsverhältnisse im juristischen Vorbereitungsdienst die Einführung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses kritisiert und insbesondere darauf hingewiesen, dass diese Umstellung zu einem Absinken der Zahl der Referendarinnen und Referendare in Thüringen führen wird. Auf unsere Stellungnahme vom 5. Januar 2016 zu Drs. 6/1216, in der unsere Kritik ausführlich dargestellt wird, nehmen wir zur Vermeidung von Wiederholungen

ausdrücklich Bezug. Unsere Erwartung eines Absinkens der Zahl der Referendarinnen und Referendare ist dann auch eingetreten. Ausweislich der Angaben des Bundesamtes für Justiz (https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Justizstatistik/Juristen/Ausbildung_node.html) wurden 2015, also im Jahr vor der Rechtsänderung, 82 Referendarinnen und Referendare eingestellt, während es im Jahr 2018 dann nur noch 53 waren.

Es zeigt sich also, dass die Einführung des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses auch unter dem Gesichtspunkt der Attraktivität der Justizausbildung in Thüringen eine Fehlentscheidung war. Andere Bundesländer – zum Beispiel Hessen und Mecklenburg-Vorpommern – haben diese Fehlentscheidung mittlerweile korrigiert. Wieder andere Bundesländer – zum Beispiel Bayern – haben zur Erhöhung der Attraktivität die finanziellen Rahmenbedingungen des öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses denen des Beamtenverhältnisses weitgehend angenähert. In Thüringen wird stattdessen an der verfehlten Entscheidung aus dem Jahr 2016 unverändert festgehalten.

Die Justiz und die öffentliche Verwaltung gewinnen den Nachwuchs in erster Linie aus den Absolventen des zweiten Staatsexamens in Thüringen. Je mehr Personen den Vorbereitungsdienst hier absolvieren, desto größer ist der Kreis potentieller Bewerber. Der Vorbereitungsdienst ist nicht zuletzt auch für die Referendarinnen und Referendare Gelegenheit, die Justiz und die öffentliche Verwaltung in Thüringen kennen zu lernen und aus dieser Erfahrung heraus die Entscheidung für einen Eintritt in den Thüringer öffentlichen Dienst zu treffen. Angesichts der großen Anzahl von Ruhestandseintritten in Justiz und öffentlicher Verwaltung in den nächsten Jahren kommt der Gewinnung qualifizierten juristischen Nachwuchses eine sehr große Bedeutung zu. Die Rückkehr zur Ernennung der Referendarinnen und Referendare in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf ist hier ein zentraler Baustein.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Vereins der Thüringer Verwaltungs-
richterinnen und Verwaltungsrichter
für die beteiligten Verbände

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)